AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 20 | 2. DEZEMBER 2022 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Bau: Grossangriff gebodigt – Vertrag gesichert. Seite 5

Lernende und die Teuerung: Es wird noch enger!

Die **Kaufkraft-Krise** trifft **Menschen in Ausbildung** besonders hart. work hat sich bei ihnen umgehört. Seite 3

Das war der SGB-Kongress

Die Resolutionen, die Reden und der Kulturpreis. Seiten 10 – 12

Tohuwabohu bei der Daru-Wache

Security-Frau Tanja Gehrig erzählt ihre Geschichte. Seite 7

Miete rauf – wie wehren?

Steigende Zinsen können zu höheren Mieten führen. Doch Vermietende dürfen nicht alles. Der work-Ratgeber. Seiten 14 – 15

FOTOS: SEVERIN NOWACKI / MONIQUE WITTWER / MATTHIAS LUGGEN / KEYSTONE

workedito
Anne-Sophie Zbinden

ODE AN DIE STIFTI

Wenn der Falafel-Dürüm plötzlich 2 Franken mehr kostet, wedeln manche den Aufpreis mit der Bankkarte einfach weg. Für andere wird das Dürüm-Zmittag zum Luxus. Zum Beispiel für Jonas Köchli (17), Detailhandel-Lernender im dritten Lehrjahr. Er hat mit work darüber geredet, wie sich die aktuelle Teuerung auf sein Leben auswirkt. Die steigenden Preise für Essen, Kleidung, Strom, Mieten und Krankenkasse treffen Menschen mit kleinen Portemonnaies besonders empfindlich – so auch Lernende mit ihren Mini-Löhnen (Seite 3).

Für manche wird der Dürüm-Zmittag zum Luxus.

BELIEBT. *Rund 200 000 Jugendliche drücken in der Schweiz die Berufsschulbank und legen in den Betrieben Hand an. Die meisten lernen kaufmännische Berufe, es folgen Verkaufsberufe und Lehren im Baugewerbe. Seit über 20 Jahren ist die Zahl der Lernenden konstant. Das duale System, bei dem die Ausbildung in einem Lehrbetrieb durch eine theoretische Ausbildung und Allgemeinbildung an der Berufsfachschule ergänzt wird, ist und bleibt ein Erfolgsmodell. In Europa gibt es nur wenige Länder, die ein ähnliches System kennen (Deutschland, Österreich, Dänemark). Wer eine Berufslehre absolviert, hat ein kleineres Risiko, arbeitslos zu werden oder langzeitarbeitslos zu bleiben, als Ungelernte. Das bekommen auch jene Migrantinnen und Migranten zu spüren, die keine Chance hatten, eine Berufslehre zu absolvieren. Und insbesondere in Zeiten des Fachkräftemangels braucht die Schweiz gut ausgebildete Berufsleute. Die Lehre ist ein beliebter und erfolgversprechender Einstieg in die Berufswelt. Zu Recht!*

BEGEHRT. *Die Zeiten, als es noch hiess, «entweder arbeiten oder studieren», sind definitiv vorbei. Bis vor einigen Jahrzehnten waren dies zwei gänzlich getrennte Wege. Wollte man Beruf oder Studium wechseln, musste man von ganz vorne anfangen. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Sobald Jonas Köchli sein Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) erlangt, wird er ein gefragter Fachmann sein und wohl keine Probleme haben, einen Job im Detailhandel zu finden. Es stehen ihm aber ganz viele andere Wege offen: Er könnte das Eidgenössische Berufsdiplom erlangen. Oder eine höhere technische Fachschule besuchen. Oder er belegt Weiterbildungsangebote der Gewerkschaften (das Movendo-Programm finden Sie auf Seite 14 und 15). Mit der Berufsmatura kann Köchli prüfungsfrei in eine Fachhochschule eintreten und einen Bachelorabschluss erlangen. Leute mit Fachhochschulabschlüssen sind heute auf dem Arbeitsmarkt heiss begehrt.*

ATTRAKTIV. *Diese Vielfalt an Möglichkeiten ist sehr wichtig. Umso wichtiger, dass auch die Lernendenlöhne stimmen. So will die Unia-Jugend einen gesetzlichen 13. Monatslohn für Lernende einführen. Und damit die Lehre attraktiv bleibt, braucht es höhere Löhne für Berufsleute. Denn die Reallöhne der Berufstätigen mit einer Lehre sind in den letzten Jahren gesunken. Bäckerinnen, Verkäufer oder Elektrikerinnen verdienen in den ersten Jahren nach der Lehre weniger als 5000 Franken, bei den meisten bleibt der Lohn ein Berufsleben lang unter 6000 Franken. Das reicht angesichts der steigenden Preise immer weniger zum Leben. Deshalb fordern die Gewerkschaften generelle Lohnerhöhungen, den Teuerungsausgleich, und wer ein EFZ in der Tasche hat, soll mindestens 5000 Franken im Monat verdienen. Damit der Falafel-Dürüm auch in Krisenzeiten drinliegt.*

Unia-Ökonomin über die neusten Diskriminierungs-Zahlen:

«Frauen verdienen im Schnitt 1500 Franken weniger»

In den vergangenen zehn Jahren hat sich bei der Lohndiskriminierung der Frauen nichts gebessert, sagt Ökonomin Noémie Zurlinden.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

HAARIG: Verfassung hin, Versprechen her – in Sachen Lohngleichheit zwischen Frau und Mann geht es in der Schweiz nicht voran. Man(n) kann es drehen, wie Man(n) will. FOTO: KEYSTONE

work: Die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen ist im Jahr 2020 ganz leicht von 19,5 Prozent auf 18 Prozent gesunken. Das zeigen neue Zahlen des Bundes. Der Arbeitgeberverband nimmt diese Entwicklung «erfreut zur Kenntnis». Sie auch?

Noémie Zurlinden: Nein, überhaupt nicht. Denn noch immer verdienen Frauen pro Monat im Schnitt 1500 Franken weniger als Männer. Der leichte Rückgang des Lohnunterschiedes ist auf die Entwicklung im öffentlichen Sektor zurückzuführen. In der Privatwirtschaft ist der Wert unverändert. Wichtig ist, dass wir diese Zahlen über einen längeren Zeitraum betrachten. Seit 2012 bewegt sich der Lohnunterschied zwischen 18 und 19,3 Prozent. Der sogenannt unerklärte Anteil ist seit 2008 nicht zurückgegangen.

Was ist denn genau dieser unerklärte Anteil?

Der unerklärte Anteil weist auf eine Diskriminierung hin, die wir nicht durch Berufserfahrung oder mit der Position innerhalb eines Unternehmens erklären können, sondern nur durch das Geschlecht. Dieser Anteil beträgt fast 50 Prozent des gesamten Lohngrabens. Und hier gibt es noch ein weiteres Problem …

«Frauen arbeiten viel häufiger als Männer Teilzeit und in Jobs im Tieflohnbereich.»

NOÉMIE ZURLINDEN

Bitte!

Das Gleichstellungsgesetz fokussiert ja nur auf diesen unerklärten Anteil. Die Analyse, welche Unternehmen ab 100 Mitarbeitenden alle vier Jahre machen müssen, untersucht nur diesen Teil des Lohnunterschieds. Und wenn sie dort eine Lohndiskriminierung unter 5 Prozent vorweisen können, ist für diese Unternehmen das Problem bereits behoben.

Aber dem ist natürlich nicht so …

Nein, denn die erklärbare Lohndifferenz weist darauf hin, dass wir ein strukturelles Problem haben bei den Frauenlöhnen. Frauen arbeiten viel häufiger in Jobs im Tieflohnbereich als Männer. Umgekehrt arbeiten Männer viel häufiger in Kaderpositionen als Frauen. Auch das zeigen die neusten Zahlen des Bundes: Bei Vollzeitstellen, deren monatlicher Bruttolohn unter 4000 Franken liegt, sind Frauen mit 60 Prozent massiv übervertreten. Umgekehrt sind es über 78 Prozent Männer, die mehr als 16 000 Franken im Monat verdienen. Zudem haben Frauen aufgrund der Kinderbetreuung, die immer noch zum grössten Teil von ihnen übernommen wird, viel häufiger Erwerbsunterbrüche als Männer und arbeiten häufiger Teilzeit. Dies wirkt sich natürlich negativ auf Berufserfahrung und Karrieremöglichkeiten aus.

Wird Teilzeitarbeit in diesen Lohnstatistiken erfasst?

Nicht wirklich. Hingegen widerspiegelt eine andere Statistik – der «Gender Overall Earnings Gap» – das tatsächliche Einkommen der Frauen. Und sie zeigt: Die gesamte Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern beträgt über 43 Prozent. Diese Zahl berücksichtigt auch Faktoren wie Teilzeit.

Für die Berechnung der Lohnunterschiede verwenden die Unternehmen das Programm Logib. Sind die Resultate verlässlich?

Logib ist das beste statistische Programm, das es momentan gibt. Das Problem ist eher die Umsetzung. Das Logib-Raster für die Erfassung der Daten lässt relativ viel Interpretationsspielraum. Dies kann zu Verzerrungen führen. Deshalb ist es wichtig, dass die Lohnanalysen gemeinsam mit Personal- oder Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern stattfinden. Ein weiteres Problem ist die Interpretation des Resultats. Logib ist ein statistisches Werkzeug, das Resultat ist ein geschätzter Wert, nicht die Realität. Und: Es wird nur dann von einer Lohnungleichheit gesprochen, wenn der Analysewert über 5 Prozent liegt. Viele Firmen haben ein Resultat um die 5 Prozent. Hier kann man statistisch gesehen nicht mit Sicherheit sagen, dass bei ihnen keine Lohndiskriminierung vorhanden ist. Besonders gravierend: Wegen des zahnlosen Gleichstellungsgesetzes hat die von Logib errechnete Lohndiskriminierung für die Firmen selbst dann keine Konsequenzen, wenn sie über den «erlaubten» 5 Prozent liegt.

Der Bundesrat setzt die Pflege-Initiative quälend langsam um

Den «Pflexit» stoppen, bevor es zu spät ist

Der Notstand in Spitälern und Heimen verschärft sich Monat für Monat. In Bern fordern über 700 Pflegende Kantone und Arbeitgeber auf: Handelt jetzt!

CHRISTIAN EGG

WOLLEN MEHR TEMPO: Pflegende auf dem Bundesplatz. FOTO: MANU FRIEDERICH

Schon eine Viertelstunde bevor's losgeht, steht eine Menschenmenge auf dem Bundesplatz. Viele von ihnen tragen weisse Berufskleider, in der Hand selbstgebastelte Schilder.

Gut 700 Pflegerinnen und Pfleger sind aus der ganzen Schweiz zusammengekommen an diesem 26. November – ein Jahr nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative (61 Prozent). Der Jubel ist verhallt, Enttäuschung macht sich breit. Jan Honegger, Pfleger in einem Altersheim in der Ostschweiz, sagt: «Seither ist es nicht besser geworden, nur schlimmer.» Viele arbeiteten nur noch temporär, weil sie dann selber über ihre Einsätze bestimmen könnten.

«Schon ein Jahr nach der Ausbildung musste ich sagen: So geht das nicht.»

CAROL TANNER, PFLEGERIN

Für die Verbleibenden Festangestellten heisse das noch mehr Aufwand, weil sie immer wieder neuen Kolleginnen und Kollegen alles zeigen müssten. «Das Ergebnis ist noch mehr Stress, und noch mehr Leute werden krank oder steigen aus. Ein Teufelskreis.»

IN STÄNDIGER ANGST. Ein paar Schritte weiter steht Carol Tanner aus der Stadt Bern. Auf ihrem Demoschild steht: «Nach Brexit folgt Pflexit.» Der Exodus aus dem Gesundheitswesen ist ungebremst. Jeden Monat kehren 300 Pflegende dem Beruf den Rücken. Tanner sagt, die Dienstpläne seien eine Zumutung: «Vier Nachtdienste hintereinander, einen Tag frei, sechs Spätdienste, wieder einen Tag frei, dann gleich weiter mit Frühdienst. Schon ein Jahr nach der Ausbildung musste ich sagen: So geht das nicht.» Ihre Kollegin Cathrine Liechti ergänzt, wegen Personalmangels würden ihr regelmässig zu viele Patientinnen und Patienten zugeteilt. «Da kannst du die Verantwortung gar nicht richtig wahrnehmen. Also lebst du ständig mit der Angst, einen Fehler zu machen.»

ES DAUERT. Zwar will das Parlament die Pflegeausbildung mit einer Milliarde Franken stärken. Doch dazu macht der Bundesrat erst mal ein «Aussprachepapier». Bis er dem Parlament ein Gesetz vorlegt, dauert es.

Zu lang, sagen die Pflegenden. Und fordern von Kantonen und Arbeitgebern Sofortmassnahmen, darunter kürzere Arbeitszeiten, mehr Ferien, höhere Löhne und Zulagen (work berichtete: **rebrand.ly/5forderungen).**

MAURER YAKUT FLORI (17): «Das Sandwich in der Mittagspause und der Ausgang am Wochenende sind jetzt plötzlich teurer.» FOTO: FLORIAN AICHER

DETAILHÄNDLER JONAS KÖCHLI (17): «Einen Falafel-Dürüm zum Zmittag werde ich mir in Zukunft wohl seltener leisten können.» FOTO: SEVERIN NOWACKI

Alle Preise steigen, aber die Lehrlingslöhne bleiben gleich

«Ohne meine Eltern käme ich nicht durch»

Die aktuelle Teuerung trifft auch die fast 200 000 Lernenden in der Schweiz. Wie kommen sie mit ihren Mini-Löhnen zurecht? work hat vier junge Berufsleute gefragt.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Plötzlich kostet alles mehr: Krankenkassenprämien, Strom, aber auch Essen, Ausflüge oder Kleider. Die Inflation von aktuell 3 Prozent war vor fast dreissig Jahren letztmals so hoch. Besonders schwierig ist das für Personen mit tiefem Einkommen. So auch für die knapp 200 000 Lernenden in der Schweiz. Besonders für jene unter ihnen, die ihren Eltern nicht auf der Tasche liegen können oder wollen, geht's jetzt ans Eingemachte.

JONAS KÖCHLI (17), DETAILHANDELSFACHMANN AUS ZOLLIKOFEN BE

«2 Franken tun weh»

«Ich träume davon, bald auszuziehen. Mit dem Lehrlingslohn muss ich das aber noch genauer kalkulieren. Die Teuerung spüre ich aktuell beim Mittagessen: Für einen Falafel-Dürüm werden seit kurzem 2 Franken mehr verlangt. Das werde ich mir in Zukunft wohl seltener leisten können. Jetzt, im letzten Lehrjahr, verdiene ich rund 1100 Franken. Davon muss ich 200 Franken zu Hause abgeben. Im Gegenzug zahlt mir mein Vater grössere Rechnungen, etwa die Krankenkasse. Zum Glück musste ich aber die Arztkosten für meinen Nasenbruch nicht selber zahlen. Weil es ein Sportunfall war, übernimmt die Unfallversicherung des Betriebs. Mein Lohn ist nicht riesig, aber zurzeit geht es mit dem Geld auf. Und weil ich sehr sportbegeistert bin, bin ich auch im 3. Lehrjahr als Detailhändler in einem grossen Sportgeschäft bei Bern sehr glücklich mit dem Beruf. Es liegt mir einfach, Kundinnen und Kunden zum Thema Sport zu beraten. Am liebsten verkaufe ich Schuhe – egal ob Wander-, Ski- oder Laufschuhe. Generell geniesse ich den Kontakt mit Kunden sehr! Das war auch der Grund, warum ich mich für eine Lehre im Detailhandel entschieden habe.»

YAKUT FLORI (17), MAURER AUS SEUZACH ZH

«Teurer Ausgang»

«Wenn es Ende Monat knapp wird, helfen mir meine Eltern aus. Ich muss ehrlich zugeben: Ohne sie käme ich kaum über die Runden. Dass jetzt alles teurer wird, merke ich besonders in der Mittagspause bei den teureren Sandwiches oder auch in der Freizeit. Im Ausgang geht jetzt mehr Geld drauf und für Zigis auch. Als Maurer in Ausbildung verdiene ich im 2. Lehrjahr 1600 Franken, davon gebe ich zu Hause etwa 500 ab. Warum ich mich für die Lehre als Maurer entschieden habe? Meine Schnupperlehre hat mir Spass gemacht, aber auch der Lohn hat mich sehr gereizt. Dass ich einen hohen Lehrlingslohn habe, liegt sicher auch daran, dass meine Arbeit gefährlich ist und ich bei jedem Wetter draussen bin. Obwohl auf der Baustelle immer gute Stimmung und gutes Teamwork herrscht, möchte ich nach der Lehre vielleicht den Beruf wechseln. Die Informatikbranche hat mich zum Beispiel schon immer interessiert.»

FABIENNE ZURBRÜGG (19), FACHFRAU GESUNDHEIT AUS BÜREN A. D. AARE BE

«Kochen als Luxus»

«Obwohl mein Lohn nicht riesig ist, bin ich finanziell ziemlich unabhängig von meinen Eltern. Ich wohne aber noch zu Hause und spare so einiges ein. Die steigenden Preise merke ich aber schon. Ich koche ja gerne für mich und meinen Freund. Beim Einkaufen merke ich, dass jetzt viele Lebensmittel sehr teuer geworden sind. Aber dennoch ist es die günstigere Variante, als immer ins Restaurant zu gehen.
Ich gehe sehr bewusst mit meinem Geld um. Als Fachfrau Gesundheit im 3. Lehrjahr verdiene ich aktuell etwa 1200 Franken. Wenn ich an den Wochenenden Dienst habe, kommen noch Zulagen dazu. Ob ich monatlich etwas auf die Seite legen kann, ist immer unterschiedlich. Der Lehrlingslohn in der Pflege war für mich zu keinem Zeitpunkt ein Argument, mich gegen diese Ausbildung zu entscheiden. Ich wusste schon immer, dass ich gerne in der Pflege arbeiten möchte. Auch wenn die Arbeitsbedingungen manchmal sehr schwierig sind, liebe ich diesen Beruf. Nach meiner Lehre möchte ich mich gerne weiterbilden, zum Beispiel die Ausbildung zur diplomierten Pflegefachfrau machen.»

NICK BASLER* (17), KOCH AUS BURGDORF BE

«Wir sparen beim Öl»

«Das Essen kreativ anrichten, mit neuen Rezepten experimentieren und hungrige Gäste beglücken – diesen Berufstraum hatte ich bereits als Kind. Vielleicht liegt es daran, dass mein Grossvater bereits Koch war. Im 3. Lehrjahr als Koch in einem Hotel im Raum Bern verdiene ich etwa 1300 Franken. Zum Leben reicht mir das. Wo ich die Teuerung aber deutlich spüre, ist in der Küche: Wir müssen jetzt noch bewusster mit den Lebensmitteln umgehen. Bei einigen müssen wir sogar richtig sparen – zum Beispiel beim Sonnenblumenöl. Wegen meiner aussergewöhnlichen Arbeitszeiten in der Gastro sind meine Wochen genau durchgetaktet. Umso wichtiger sind mir erholsame Freitage. Doch auch hier spüre ich, dass das Leben gerade teurer wird: Für Ausflüge oder Ferien muss ich mehr hinblättern. Aber auf Erholung können wir ja nicht verzichten!»

Hilfe: Was, wenn's nicht reicht?

Stefanie Näf vom Berufsbildungsportal Yousty weiss: «Wer mit dem Lehrlingslohn nicht über die Runden kommt, kann sich an seine oder ihre Ausbildnerin wenden oder mit dem Berufsbildungsamt Kontakt aufnehmen.» Wichtig während der Lehrzeit sei neben dem Lohn auch Respekt.

DREIZEHNTER. Auch die Unia setzt sich für faire Lehrlingslöhne ein. Hilmi Gashi, Leiter der Interessengruppen (IG): «Die IG Jugend kämpft etwa für einen gesetzlichen 13. Lehrlingslohn.» Und Unia-Jugendsekretär Julius Kopp beantwortet Lernenden regelmässig ihre Fragen rund um Berufsschule und Betrieb – via Mail **(lehre@unia.ch)** und auf Instagram: **rebrand.ly/frag-julius.** (dak)

* Namen geändert

Total-Streik bei Ösi-Bahn

WIEN. Stillstand auf Österreichs Gleisen! Am 28. November standen alle Züge, S-Bahnen und sogar der Gütertransport 24 Stunden lang still. Der Warnstreik zog sich durchs ganze Land. Grund: Die Gewerkschaft Vida kommt bei den Tarifverhandlungen mit der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB) auf keinen grünen Zweig. Während die Bähnlerinnen und Bähnler 13 Prozent mehr Lohn verlangen, zeigt sich die ÖBB knausrig. Ihrer Meinung nach reicht eine Lohnerhöhung von 8 Prozent. Dabei beträgt in Österreich nur schon die Inflation 11 Prozent.

Zusteller-Löhne: Postcom geizt

BERN. Die Postregulierungsbehörde Postcom kündigt an: Ab dem 1. Juli 2023 gibt's mehr Lohn für Sortierer und Zustellerinnen von Briefen und Päckli. Denn der Mindestlohn in der Branche der Post-

PREKÄR UNTERWEGS: Kurier-Löhne sind oft gering. FOTO: PICTURE ALLIANCE

dienstleistungen steigt von 18.27 auf 19 Franken. Das sind gerade mal 73 Rappen mehr – brutto! Und zwar für alle Beschäftigten, die keinem GAV unterstellt sind. Etwa Kurierinnen und Kuriere von Drittfirmen. «Ein Hohn» für die Arbeitenden, die «Knochenjobs» machen, schreibt dazu die Gewerkschaft Syndicom. Zumal die Mindestlohn-Anhebung um 73 Rappen nur knapp die Teuerung ausgleiche.

Freude über Reallohnverlust?

ST. GALLEN. MS Direct ist der Päckliretouren-Abfertiger von Onlinehändlern wie Zalando. Jetzt erhöht er die Mindestlöhne seiner 450 Mitarbeitenden um 2 Prozent. Dazu sind individuelle Erhöhungen von bis zu 0,5 Prozent möglich. Bei der aktuellen Teuerung von 3 Prozent heisst das: Reallohnverlust! Trotzdem teilt die Gewerkschaft Syndicom mit: «Wir freuen uns.» Mit der «Lohnerhöhung» könne man den Mitarbeitenden «attraktivere Arbeitsbedingungen aufs Förderband legen». Wie, bleibt offen. Der Erfolg von MS Direct beruht auf Tiefstlöhnen. Möglich macht dies ein Firmen-GAV, den Syndicom 2019 unterzeichnete und Stundenlöhne von 17.57 Franken brutto vorsah.

MEM-GAV macht sich bezahlt

ZÜRICH. Wer in der Maschinen-, Elektro- oder Metallindustrie (MEM) arbeitet, erhält im neuen Jahr mehr Lohn. Denn in der MEM-Industrie steigen die Löhne automatisch mit der Preisentwicklung. Das hatte die Unia bei den GAV-Verhandlungen 2018 durchgesetzt. Die aktuelle Teuerung betrug per Ende Oktober 3 Prozent, somit werden die Mindestlöhne um denselben Prozentsatz angehoben. Damit liegt der Mindestlohn für Qualifizierte im nächsten Jahr zwischen 3939 und 4363 Franken (mal 13).

Mietrecht-Debatte im Parlament: Immobilienlobby fährt Generalangriff

Leichter aufschlagen, einfacher rauswerfen

Die Zeichen für die Mietenden stehen auf Sturm. Gibt das Parlament dem Druck der Hauseigentümerlobby nach, droht die Mietpreisexplosion.

RALPH HUG

Nicht genug, dass die Krankenkassenprämien steigen. Im März 2023 werden auch noch die Mieten steigen. Das steht schon jetzt so gut wie fest. Der Grund ist die Zinswende. Erstmals seit fünfzehn Jahren steigt der Referenzzinssatz wieder an. Dieser Satz spiegelt die Entwicklung der Hypotheken und ist für die Mieten in der Schweiz massgebend. Jetzt

Heute zahlt jeder Haushalt im Schnitt 370 Franken zu viel Miete pro Monat.

liegt er noch bei 1,25 Prozent und wird gemäss den Erwartungen auf 1,5 Prozent steigen. Ob berechtigt oder nicht: dies wird auf breiter Front Mietaufschläge auslösen. Dagegen sind Mieterinnen und Mieter aber nicht machtlos. Wie man sich wehrt, sagt work im Ratgeber auf den Seiten 14–15.

Doch neben der Zinswende droht noch weiteres Ungemach. Die Immobilienlobby unter Führung des Hauseigentümerverbands (HEV) hat einen Generalangriff aufs Mietrecht gestartet. Die Sache steht im Dezember auf dem Programm des Nationalrats. Die Attacke kam gestaffelt daher, damit man sie weniger bemerkt.

EXPLOSIVE LAGE

Insgesamt sechs Vorstösse stehen zur Debatte. Michael Töngi, Vizepräsident des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands (SMV) und Luzerner Nationalrat der Grünen, sagt: «Die Immo-Lobby will das Mietrecht Stück für Stück aushöhlen.» Ihr Ziel seien höhere Renditen.

Die vier gravierendsten Forderungen, über die das Parlament befindet, sind laut Töngi folgende:

- **Anfangsmietzins:** Heute können Mietende einen Anfangsmietzins innert 30 Tagen anfechten, wenn er ihnen überrissen erscheint. Neu soll dies nur noch bei persönlichen oder familiären Notlagen möglich sein.
- **Marktmiete:** Im Mietrecht gilt die Kostenmiete: Ein Mietzins ist dann zulässig, wenn er dem Vermieter die Kosten deckt und ihm einen angemessenen Gewinn bringt. Er ist aber auch zulässig, wenn er orts- und quartierüblich ist. Diesen Nachweis kann eine Vermieterin jedoch nicht ohne weiteres erbringen. Denn keine Wohnung ist gleich wie die andere. Jetzt soll dieser Nachweis viel einfacher werden. So könnten die Vermieterinnen und Vermieter ungerechtfertigte Mietaufschläge besser durchsetzen.
- **Eigenbedarf:** Der Vermieter soll bei Eigenbedarf leichter als bisher kündigen können.

UNHEILVOLLE ENTWICKLUNG: Schon im März steigen die Mieten auf breiter Front. Doch die Immo-Lobby giert nach noch mehr. FOTO: KEYSTONE

- **Untermiete:** Die Untermiete soll künftig nur noch sehr eingeschränkt möglich sein. Bei Zuwiderhandlung droht Mietenden der Rauswurf aus der Wohnung.

«Es steht viel auf dem Spiel», warnt SMV-Präsident und SP-Nationalrat Carlo Sommaruga. Für den Fall, dass das Parlament diesen Abbau nach dem Motto «Einfacher rauswerfen, leichter aufschlagen» durchwinkt, werde man das Referendum ergreifen. Prämienschock, Reallohnverluste, sinkende Pensionen und jetzt auch noch höhere Mieten könnten im nächsten Jahr eine sozial explosive Lage entstehen lassen. Viele Haushalte wären finanziell überfordert. Anders als häufig erwähnt, sind nicht etwa die Steuern oder die Gesundheitskosten der wichtigste Ausgabenposten, sondern die Miete. Sie schenkt am meisten ein bzw. schafft am ehesten Spielraum,

«Es findet eine stille Umverteilung zugunsten Vermietern statt.»

MICHAEL TÖNGI, SMV-VIZEPRÄSIDENT

wenn sie moderat ist. Davon kann aber je länger, je weniger die Rede sein.

GESETZ DURCHLÖCHERT

Denn trotz zehn Jahren Tiefzinsphase sind die Mieten keineswegs gesunken, wie sie dies gemäss den Kostenfaktoren im Mietrecht hätten tun müssen. Sie sind im Gegenteil sogar weit stärker gestiegen als der Landesindex der Konsumentenpreise. Der SMV hat ausgerechnet, dass heute jeder Haushalt im Schnitt pro Monat 370 Franken zu viel Miete zahlt. «Es findet eine stille Umverteilung von Milliarden Franken zugunsten der Vermieter statt», sagt SMV-Vize Michael Töngi. Dies, weil das gesetzlich festgelegte Prinzip der Kostenmiete stark durchlöchert ist. Stattdessen herrscht faktisch eine Art begrenzte Marktmiete.

Druck machen vor allem renditeorientierte Immobilienfirmen, Banken und Pensionskassen. Sie sind als Vermieterinnen im Vormarsch, reizen den Markt gewohnheitsmässig aus und treiben dadurch die Mietpreise in die Höhe. Sie sind die neuen Immobilienspekulantinnen.

AUS DER MOTTENKISTE:

PHANTOM MARKTMIETE

Mitte der 1990er Jahre versuchte die Immobilienlobby, den Schutz der Mieterinnen und Mieter auszuhebeln und die Marktmiete durchzusetzen. Es hiess, der Markt regle das Mietwesen besser als der Staat. Nichts falscher als das. Dies zeigt das Beispiel Zürich mit seinen hohen Mieten auf dem freien Markt. Gäbe es nicht Genossenschaften, die die Kostenmiete beherzigen und auf übersetzte Gewinne verzichten, könnten sich dort bald nur noch Wohlhabende und Gutverdienende eine Wohnung leisten.

IRRWEG. Die Marktmiete scheiterte am Widerstand der Mieterinnen- und Mieterverbände. Seit 2004 fiel jede Mietrechtsrevision durch. Dennoch ist das Phantom der Marktmiete nicht tot. Der jüngste Anlauf der Immobilienlobby zur Aufweichung des Mietrechts (siehe Artikel links) erscheint als eine weitere Station auf diesem Irrweg. (rh)

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Klima und Krieg: Die Schweizer Armee ist ein Eisberg, der nicht schmilzt, sondern wächst und wächst

Die Schweiz will immer mehr für Rüstung und Armee ausgeben. Anstatt die entsprechenden Mittel halbwegs sinnvoll einzusetzen. Und in neue erneuerbare Energien zu investieren.

Viele gingen davon aus, dass Russland die Ukraine überrollen werde. So wie es das vor acht Jahren mit der Krim gemacht hat. Daraus wurde aber nichts: Das System Putin erleidet militärisch eine Niederlage nach der andern.

Die russischen Waffensysteme sind denen des Westens klar unterlegen. Eigentlich logisch, weil die USA zehn Mal mehr für die Armee ausgeben, als Putin ausgeben kann. Und Europa mindestens das Doppelte Russlands. Warum wir angesichts dieser Ausgangslage noch mehr für die Aufrüstung ausgeben sollen, verstehe, wer kann.

Bei den Ausgaben für die Armee gilt es mehrere Dinge zu unterscheiden:

Eisberg 1: In der Schweiz werden bei Armeeausgaben bei den internationalen SIPRI-Vergleichen immer nur jene Kosten ausgewiesen, die sich im Bundesbudget finden. Doch wir haben ein Milizsystem – und darum tauchen rund 3 Milliarden Franken pro Jahr dort nicht auf. Wir müssen sie also dazuzählen. Die Schweiz wird für die Armee nächstens 10 Milliarden Franken pro Jahr ausgeben. Pro Kopf mehr als jedes andere Land Europas.

BLAUSEE-MITHOLZ: Wegen der Munitionsräumung der Armee verlieren die Anwohnenden ihre Heimat. Was bleibt, ist ein Miniatur-Nachbau im Alpinen Museum. FOTO: ALPINES MUSEUM

Eisberg 2: Die Schweiz hat ein hohes Bruttoinlandprodukt pro Kopf, weil wir ein reiches Land sind. Doch dieser Reichtum ist verdammt ungleich verteilt. Alle Vergleiche – wie den obigen – müssen wir sinnvollerweise in Dollar, Euro oder Franken pro Kopf anstellen. Das kommt heute übrigens wegen des starken Frankens praktisch auf das gleiche heraus.

Eisberg 3: In der Ukraine testen die Nato einerseits und die Russen andererseits die eigenen und die eingekauften Waffensysteme. Welche bewähren sich und welche weniger? Welche Systeme verursachen pro investierte Million Franken am meisten militärische und zivile Opfer? Bevor sich hier der Nebel der Grausamkeiten nicht lüftet, müssten wir – so Frau Armeeministerin Viola Amherd denn an militärische Abschreckung glaubt – alle Rüstungsvorhaben vorerst stoppen.

Eisberg 4: Atomkraftwerke sind die dreckigen Atombomben des Gegners im eigenen Land. Wer beschiesst das ukrainische AKW Saporischja? Die Russen oder die Ukrainer? Oder beide zu unterschiedlichen Tageszeiten? Wir wissen es nicht, noch nicht. Wir wissen nur eines: Wer die Schweiz militärisch verteidigen will, muss die bestehenden Atomkraftwerke so schnell wie möglich vom Netz nehmen. Und darf keine neuen bauen.

Eisberg 5: Während diese Zeilen geschrieben werden, sind 70 Prozent der Haushalte in Kiew ohne Strom, ohne Fernwärme und ohne Trinkwasser. Wie soll man so den Winter überstehen? Wer die Schweiz ernsthaft auf Krisen vorbereiten will, müsste – anstatt aufzurüsten – zwei Dinge tun: Erstens in neue erneuerbare Energien investieren. Und zweitens alle Quartiere und Unternehmen mit Notstromaggregaten ausrüsten. Käme erst noch billiger.

Etwas irritiert. Politisch warnt fast nur Noch-Finanzminister Ueli Maurer vor zu hohen Militärausgaben. Vielleicht hat er die Gripen-Niederlage noch nicht verdaut. Oder aber die Aufrüstungsspirale macht ihm wirklich Sorgen.

Eisberg 6: Überall, wo die Armee die Finger im Spiel hat, explodieren die Kosten. Im IT-Bereich des VBS steigen sie von 155 Millionen auf 314 Millionen Franken. In Sachen Aufräumarbeiten in Blausee-Mitholz sind wir inzwischen bei 2,5 Milliarden Franken angelangt. Und nächstens wird die Armee die ganzen Munitionsrückstände im Genfer-, Thuner-, Brienzer- und Vierwaldstättersee aufräumen müssen. Die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) müsste hier mit einem eigenen, ferngesteuerten U-Boot endlich mal etwas Staub und Schlamm aufwirbeln.

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/mitholz**
Heimat ist vielfach dort, wo wir aufgewachsen sind. Die einen ziehen weg, andere bleiben. In Blausee-Mitholz müssen nächstens alle wegziehen, weil die Armee ihren Dreck – konkret: 3 Millionen Kilo Munition – nicht entsorgt hat. Eine Ausstellung des Alpinen Museums in Bern versucht sich diesem Verlust anzunähern. Ein Besuch lohnt sich.

Im Bild das Reinigungsteam des Alpinen Museums. Hier bleibt kein Dreck liegen. Dank ihnen.

- **rebrand.ly/gsoa-zeitung**
Es lohnt sich, die neuste GSoA-Zeitung zu lesen!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

***KÄMPFEN NÜTZT:** Tausende Baubüezer gingen diesen Herbst gegen die radikalen Forderungen der Baumeister auf die Strasse.* FOTO: UNIA

Bauvertrag: Meister und Gewerkschaften einigen sich

Grossangriff gebodigt, LMV gesichert

Die Bauproteste haben gewirkt: In den letzten Verhandlungsrunden um den Landesmantelvertrag liessen die Baumeister ihre Angriffspläne fallen. Gesichert sind jetzt 150 Franken mehr Lohn für alle. Doch beim vollen Teuerungsausgleich hapert's.

JONAS KOMPOSCH

Es dauerte neun volle Monate, sieben Verhandlungsrunden und zwei Extrasitzungen. Doch dann, in den frühen Morgenstunden des 29. November, war der Durchbruch endlich da. Die Gewerkschaften und der Baumeisterverband einigten sich im Verhandlungsmarathon um einen neuen Landesmantelvertrag (LMV) auf ein gemeinsames Resultat. Chris Kelley, Unia-Co-Leiter Bau, bewertet das Ergebnis verhalten positiv: «Die radikalen Abbauforderungen konnten wir abwehren und zudem einzelne Verbesserungen erreichen.» Tatsächlich scheiterte der Baumeisterverband mit seinen extremen Positionen. Darunter: Abschaffung des Arbeitszeitkalenders, Einführung der 58-Stunden-Woche und von Arbeit auf Abruf sowie Kürzung der Kündigungsfristen für ältere Bauarbeiter. Allerdings mussten auch die Gewerkschaften von ihren ursprünglichen Maximalforderungen abrücken. Dennoch empfiehlt die gewerkschaftliche Verhandlungsdelegation das Resultat zur Annahme. Kelley erklärt: «Der LMV ist der fortschrittlichste Gesamtarbeitsvertrag des Landes und färbt auf viele andere Branchen ab. Mit diesem Abschluss konnten wir einen beispiellosen Angriff auf die Arbeitsbedingungen stoppen, den Vertrag sichern und einzelne Verbesserungen erreichen.»

Hinter der Einigung liegt eine intensive Phase der Mobilisierung. Die Bauleute sahen zu Recht ihr Privat- und Familienleben in Gefahr. Im vergangenen Juni protestierten 15 000 von ihnen mit einer mächtigen Demo in Zürich. Und mit den landesweiten Streikaktionen im Oktober und November setzten erneut Tausende Baubüezer Druck auf. Nun also die Einigung kurz vor Jahresschluss. Fix ist das Resultat aber noch nicht. Beide Lager müssen es absegnen. Zuerst ist die Unia-Berufskonferenz dran. Sie entscheidet am 10. Dezember, ebenso die Mitglieder der Gewerkschaft Syna. Die Baumeisterdelegierten beschliessen dann am 13. Januar.

DAS STEHT IM NEUEN VERTRAG:

Der neue Landesmantelvertrag wird für drei Jahre abgeschlossen. Er soll ab Januar 2023 bis Ende 2025 gelten. Folgendes ist darin geregelt:

Lohn:

Für 2023 gibt es eine generelle Lohnerhöhung von 150 Franken für alle. Zudem steigen sämtliche Mindestlöhne um 100 Franken. Eine Woche vor dem Abschluss boten die Meister erst 60 Franken. Teuerungsbedingt wachsen damit die Reallöhne aber nur in der tiefsten Lohnkategorie C (Bauarbeiter ohne Fachkenntnisse).

Baumaschinisten der Kategorien M2–M7 haben neu ein Anrecht auf die Lohnklasse A, womit ihre Mindestlöhne durchschnittlich um 370 Franken steigen.

Arbeitszeit:

Der Arbeitszeitkalender bleibt bestehen, die von manchen Baumeistern geforderte 58-Stunden-Woche ist vom Tisch, genauso wie die Arbeit auf Abruf. Auch die jährlichen 2112 Jahresarbeitsstunden bleiben unverändert. Ebenso die Wochenarbeitszeit. Sie beträgt weiterhin in der Regel minimal 37,5 Wochenstunden (5 Mal 7,5 Stunden) und maximal 45 Wochenstunden (5 Mal 9 Stunden).

Überzeit:

Ab 48 Stunden wird wie bisher ein Zuschlag von 25 Prozent bezahlt, die 49. und die 50. Stunde müssen aber nicht mehr direkt ausbezahlt werden, sondern können auch kompensiert werden.

Über- und Minderstunden:

Die Überstundenregelung ist neu durch «0 bis 100» oder «–20 bis +80» definiert. Der Rahmen für die bestehende Flexibilität bleibt dabei gleich: die Schwelle von 25 Überstunden pro Monat und die Bandbreite von 100 Stunden pro Jahr bleibt unverändert.

Schlechtwetter:

Die bereits bestehende Möglichkeit, bei Hitze- und Schlechtwettertagen einzelne Überstunden zu kompensieren, wird neu im Vertrag explizit festgehalten.

Kilometerentschädigung:

Die Kilometerentschädigung für Privatfahrzeuge wird von 60 auf 70 Rappen erhöht (+16%).

Vaterschaftsurlaub:

Während des gesetzlichen zehntägigen Vaterschaftsurlaubs gibt es neu den vollen Lohn statt nur die vorgeschriebenen 80 Prozent.

Gerichtsbarkeit:

Bisher konnten die Vertragsparteien ein paritätisches Schiedsgericht anrufen, wenn sie sich anders nicht einigen konnten. Dieses Schiedsgericht wird nun abgeschafft und durch ordentliche Gerichte ersetzt. Zudem verzichten die Baumeister auf die angekündigte Klage wegen angeblicher Friedenspflichtverletzung durch die herbstlichen Proteststreiks. Die Gewerkschaften wiederum verzichten für die Dauer des Landesmantelvertrags auf eine angedrohte Klage gegen die geltende Reisezeitregelung.

Abrechnung:

In Zukunft soll der Arbeitszeitkalender nicht mehr vom 1. Januar bis 31. Dezember dauern, sondern vom 1. Mai bis zum 30. April des Folgejahres einheitlich gelten.

Kompensationstage:

Neu wird die Möglichkeit von 5 Kompensationstagen (arbeitsfreie Null-Stunden-Tage) im Arbeitszeitkalender eingeführt (heutige Praxis: zwischen 0 und 21 Tagen, je nach Region). Weitere Tage gibt es nur entlang der bisherigen Praxis und mit dem Einverständnis der Gewerkschaften innerhalb der regionalen paritätischen Kommissionen.

Arbeitsgruppe «offene Punkte»:

In einer Arbeitsgruppe werden bis Mitte 2024 folgende Themen weiterverhandelt: Gesundheitsschutz, Arbeitszeit, Reisezeit, Verbesserung der Situation älterer Bauarbeiter, Berufsbildung und Berufsförderung.

Unia-Bauchef: «Büezern wird nichts geschenkt»

Nico Lutz. FOTO: UNIA

«Als ich morgens um 3 Uhr 20 – nach der letzten Runde der LMV-Verhandlungen – die Unterschrift unter die Vereinbarung setzte, erinnerte ich mich an die Begegnung mit einem portugiesischen Kollegen am Protesttag in Zürich. Er erzählte mir, warum er zusammen mit vielen anderen auf die Strasse ging: ‹Mein Leben gehört mir und meiner Familie – nicht meinem Chef. Ich arbeite, damit wir davon leben können, und nicht umgekehrt. Das müssen wir immer wieder klarmachen.› Und er hat recht. Hätten sich die Baumeister in den insgesamt neun Verhandlungsrunden mit ihren Vorstellungen zur Arbeitszeit durchgesetzt, hätten die Chefs noch stärker über den Alltag der Bauarbeiter verfügen können. Das haben wir zusammen erfolgreich verhindert. Gut so.

Die Verhandlungen waren anstregend und zäh. Es brauchte viel Hartnäckigkeit.

Es war aber alles andere als einfach. So gestalteten sich die über 50 Verhandlungsstunden zäh und anstrengend. Es brauchte Hartnäckigkeit und viel Geduld. Über lange Zeit verharrten die Baumeister auf ihrer Position. Nachdem im Herbst die Bauarbeiter in der ganzen Schweiz ihre Stimme erhoben hatten, bewegte sich die Gegenseite und stieg auf eine echte Diskussion ein. Doch auch jetzt folgte die Annäherung im Schneckentempo. Die Einigung fanden wir erst in der letzten Minute, mitten in der Nacht.

BEWEGEN. Unterm Strich bin ich verhalten zufrieden mit dem Resultat. Wir konnten sämtliche Verschlechterungen verhindern, unseren Vertrag mit einzelnen Verbesserungen sichern und nach zwei Jahren wieder eine generelle Lohnerhöhung für alle erreichen. Damit werden die Reallöhne in der tiefsten Lohnklasse erhöht, und die anderen bekommen einen guten Teil der Teuerung ausgeglichen. Dieser Lohnabschluss lässt sich auch im Vergleich zu anderen Branchen sehen. Dennoch ist klar: Bei vielen waren die Erwartungen auf Verbesserungen grösser – denn die Bauarbeiter brauchen mehr Schutz und weniger Stress.

Bei Vertragsverhandlungen müssen sich immer beide Seiten bewegen. Dieses Resultat ist ein Ausdruck davon. Wir können so unseren LMV sichern, einzelne Verbesserungen erreichen und einen vertragslosen Zustand verhindern. Kein LMV würde erst recht Lohndumping, überlange Arbeitstage und Arbeit auf Abruf bedeuten. Und die Arbeitgeber würden ihre Angestellten mit individuellen Lohnerhöhungen nach ihrem Gusto abspeisen.

Es bleibt die Erkenntnis: Den Bauarbeitern in diesem Land wird nichts geschenkt. Wir müssen uns gemeinsam für unsere Rechte einsetzen.»

Grossbritannien

Das Brexit-Desaster

14 Millionen Menschen in Grossbritannien leben in Armut. Jetzt, wo Strom und Gas massiv teurer geworden sind, stehen viele vor der Wahl: heizen oder essen? Dabei hat die Rezession erst gerade begonnen. Die Nationalbank erwartet eine zusätzliche Million Arbeitslose. Die Regierung von Ministerpräsident Rishi Sunak rechnet mit sinkenden

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Staatseinnahmen. Die Antwort: sparen und Steuern erhöhen. Was die Rezession noch verstärkt.

KEINE KORREKTUR. Zur katastrophalen Situation beigetragen haben die Corona- und die Energiekrise. Hauptursache ist aber der Brexit: Die Ausfuhren nach Europa sind eingebrochen. Der Fachkräftemangel ist enorm, viele EU-Bürgerinnen und -Bürger haben Grossbritannien verlassen. Der Brexit war ein Fehler, doch in der Politik gesteht dies niemand ein. Nicht die regierende konservative Partei (die Tories), die den Austritt aus der EU mit dem vollmundigen Versprechen angeführt hat. Aber auch die sozialdemokratische Labour-Partei will keine Korrektur. Man könnte erwarten, dass sie das Land wieder für Handel und Zuwanderung aus der EU öffnen will und verlangt, Löhne zu schützen und nicht Grenzen. Wie wir das in der Schweiz mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit mit einigem Erfolg machen. Doch in Grossbritannien geschieht das Gegenteil: der Labour-Chef Keir Starmer will dem Brexit unter dem Motto «make Brexit work» zum Erfolg verhelfen. Und verlangt unter anderem weniger Zuwanderung. Wie soll so das Gesundheitswesen wieder auf die Beine kommen? Aber Labour liegt schon lange falsch in der Immigrationspolitik. Der modernistische Tony Blair war gegen flankierende Massnahmen. Und der linke Jeremy Corbyn sah in der Personenfreizügigkeit nicht ein Recht der Arbeitenden, sondern ein neoliberales Projekt.

Am 15. Dezember kommt der Pflege-Generalstreik.

PFLEGE-STREIK. Während die Politik unfähig ist, den wirtschaftlichen Niedergang zu stoppen, kämpfen die Gewerkschaften gegen leere Portemonnaies. Der Berufsverband der Pflegenden hat errechnet, dass Sparpolitik und Inflation in den letzten 12 Jahren die Reallöhne um ganze 20 Prozent geschröpft haben. Der Verband fordert deshalb eine Lohnerhöhung von 17 Prozent für 2023. Doch die Regierung ist nicht zu Verhandlungen bereit. Jetzt hat der Berufsverband seine 300 000 Mitglieder zum ersten Mal in seiner 100jährigen Geschichte zu einem landesweiten Streik am 15. und 20. Dezember aufgerufen.

UNIA online

FOTO: ISTOCK

Umfrage Frauen auf dem Bau

Die Unia lanciert eine grosse Umfrage unter Frauen auf dem Bau. Wir wollen herausfinden, wo der Schuh drückt. Damit du und deine Kolleginnen mit Freude in eurem Beruf arbeiten könnt. Deine Meinung ist wichtig, mach mit:
www.unia.ch/frauaufdembau

Der Dumping-Dienst kommt in Genf mit einem blauen Auge davon

Uber zahlt – aber viel zu wenig!

***DER UBER-KOMPLEX:** Im August berichtete work ausführlich über das Dumping-System von Uber-Gründer Travis Kalanick (links), zu dessen Freunden Frankreichs Präsident Macron (rechts) zählt.* MONTAGE: NINOTCHKA.CH

Uber muss in Genf für seine Fahrerinnen und Fahrer rund 20 Millionen Franken nachzahlen. Weit weniger, als diese gefordert hatten.

CHRISTIAN EGG

Der Kanton Genf akzeptiert den Vorschlag von Uber. Der Dumping-Taxidienst verpflichtet sich, rund 20 Millionen Franken an Löhnen und Sozialversicherungsbeiträgen nachzuzahlen. Im Gegenzug darf er weiter in Genf tätig sein.

In der epischen Uber-Saga endet damit ein Kapitel, das diesen Juni begonnen hat. Damals entschied das Bundesgericht: Uber ist Arbeitgeber und war es von Anfang an (work berichtete: **rebrand.ly/rotekarte).** Es folgten Vereinbarungen, Verhandlungen und Ende August eine erste Zahlung von Uber an die Fahrerinnen und Fahrer (knapp eine Million Franken). Mit den jetzigen Zusagen, so der Kanton, komme Uber seinen Verpflichtungen aus der Vergangenheit nach. Der Grossteil des Geldes geht allerdings nicht direkt an die Fahrerinnen und Fahrer. Rund 15 Millionen sind Arbeitnehmendenbeiträge an die Sozialversicherungen.

«Der Kanton Genf ist Uber zu weit entgegengekommen.»
ROMAN KÜNZLER, UNIA

4,6 STATT 45 MILLIONEN FRANKEN

Den Genfer Fahrerinnen und Fahrern wird Uber insgesamt 4,6 Millionen Franken überweisen. Ein Bruchteil der tatsächlichen Schulden, wie eine Berechnung der Unia zeigt: Bei einem Stundenlohn von 28 Franken und Autospesen von 70 Rappen pro Kilometer müsste Uber ihnen 45 Millionen zahlen, also zehnmal mehr.

Damit nicht genug. Die beiden Beträge, 15 plus 4,6 Millionen, sind exakt diejenigen, die der US-Konzern bereits im September als «letztes Angebot» auf den Tisch gelegt hatte, als er mit den Gewerkschaften verhandelte. Die Fahrerinnen und Fahrer lehnten es mit deutlichen Worten ab: Die Beträge seien «erniedrigend» tief und «völlig losgelöst» von ihrer Arbeitsrealität. Roman Künzler, Unia-Branchenleiter Transport und Logistik, kritisiert: «Da ist der Kanton Genf Uber zu weit entgegengekommen.»

Mit einem simplen Rechentrick liess der Konzern sein Angebot schöner aussehen, ohne einen Rappen mehr zu bieten. Denn eine wichtige Frage lautet: Wie werden die 4,6 Millionen unter den Fahrerinnen und Fahrern verteilt? In den Verhandlungen sagte Uber noch: auf Basis aller Fahrten der letzten 5 Jahre. Im Vorschlag an den Kanton verkürzte Uber diese Zeit flugs auf weniger als 3 Jahre. Und erreicht so eine höhere Entschädigung pro Kilometer. Und das Okay des Kantons. Für die Betroffenen heisst das aber: Wenn sie das Angebot von Uber annehmen, zählt alle Arbeit, die sie vor 2019 geleistet haben, für die Entschädigung nicht.

ERFOLG BEI ARBEITSZEIT

Denn bis Ende Jahr will Uber allen den Betrag mitteilen, den sie zugute haben. Dann lautet der Deal: Wer das Geld annimmt, verzichtet auf alle weiteren Ansprüche. Unia-Mann Künzler: «Die Chauffeurinnen und Chauffeure müssen sehr genau überlegen, ob sie ihre Forderungen nicht lieber vor Arbeitsgericht einklagen wollen.» Und verrät: «Mehrere Fahrer haben sich bereits entschieden, das zu tun.»

Aller Enttäuschung zum Trotz: Künzler kann dem Genfer Entscheid auch Positives abgewinnen. Etwa wie die Regierung die Arbeitszeit berechnete: Nicht nur vom Ein- bis zum Aussteigen des Fahrgasts, wie es der Uber-Partner MITC heute noch praktiziert (siehe Kasten). Sondern dazu schon die Anfahrt – und dann die beiden Zeiten mal zwei, weil Rückfahrt und Leerzeiten auch entlöhnt werden müssen.

Und das sei, so Künzler, «eine Vorlage für andere Kantone». Auch dass Uber in Genf jetzt die AHV-Beiträge der Mitarbeitenden selber zahle, und zwar rückwirkend seit 2014, helfe allen Fahrerinnen und Fahrern, so Künzler: «Das setzt einen Standard. Mit weniger dürfen sich andere Kantone nicht abspeisen lassen.»

Neue Kontrolle: Jetzt geht's um die Wurst

Auch wenn Genf Uber jetzt gegen eine Zahlung von 20 Millionen von seinen vergangenen Sünden losspricht: fürs Hier und Jetzt gilt das nicht. Ungeklärt bleibt: Sind die Verträge, mit denen die Uber-Taxis jetzt in Genf herumkurven, überhaupt legal?

NEUES PARTNER-SYSTEM. Zur Erinnerung: Nur zwei Wochen nach dem Bundesgerichtsurteil zauberte Uber die «Partnerfirma» MITC aus dem Hut. Diese übernahm alle rund 800 Arbeitsverträge und leiht die Mitarbeitenden seither an Uber aus. Bezahlt aber nur die Minuten, in denen ein Fahrgast befördert wird. Das widerspricht den Regeln des Personalverleihs. Eine Kontrolle durch die Genfer Behörden läuft. Das Ergebnis dürfte den Rest der Schweiz interessieren: Uber hat nämlich angekündigt, das umstrittene «Partnerfirmen»-Konstrukt auf die ganze Schweiz auszuweiten. (che)

Trotz Mega-Gewinn: Der «orange Riese» drückt die Reallöhne

Migros-Verkäuferinnen bald noch ärmer

668 Millionen Franken Gewinn machte der Migros-Konzern zuletzt. Jetzt kürzt er seinen Mitarbeitenden die realen Löhne – und verkauft es als Fortschritt.

JONAS KOMPOSCH

Faule Medienschaffende lieben Pressemitteilungen. Ein bisschen kopieren hier, ein wenig umformulieren da, und fertig ist der Artikel. Die Absender freut's. Zum Beispiel die Migros.

Der Genossenschaftsbund kommunizierte seine gescheiterten Lohnverhandlungen jüngst so: «Migros steigert Personalvergütungen um bis zu 2,8 Prozent und erhöht erneut die Mindestlöhne.» Sofort titelten Zeitungen landauf, landab: «Migros erhöht Löhne und Vergütungen.» Ein perfektes Echo für den Konzern!

MINILÖHNE SINKEN WEITER

Was aber nicht mithallte: die Teuerung beträgt 3 Prozent. Und auch im neuen Jahr werden die Preise weiter ansteigen. Real werden die Migros-Löhne also nicht «erhöht», sondern gesenkt! Das ist den Mitarbeitenden sehr wohl bewusst. Die Zürcher Verkäuferin Dorothe Meier* (59) etwa sagt: «Mal schauen, ob ich so noch über die Runden komme, ich mit meinem Nettolöhnli von 3500 Franken!» Schon heute sei sie von ihrem Partner abhängig. «Ohne seinen Zustupf ginge es nicht», sagt Unia-Mitglied Meier. Von der Migros sei sie zunehmend enttäuscht. Mit gutem Grund.

FOTO: KEYSTONE

Zuletzt erzielte der Konzern nämlich einen Reingewinn von 668 Millionen Franken. Vor zwei Jahren waren es sogar 1,75 Milliarden. Gemäss Statuten muss der gesamte Gewinn in den Konzern reinvestiert werden. Aber jetzt soll nicht einmal der Teuerungsausgleich drinliegen? Migros-Sprecherin Carmen Hefti sagt dazu: «Die wirtschaftliche Situation ist in diesem Jahr besonders schwierig.» Beweise bleibt sie allerdings schuldig. Und noch etwas irritiert: Die Erhöhung des Nominallohns um 2,8 Prozent wird wohl nur den wenigsten Angestellten bezahlt werden. Denn: Erstens sind nur rund die Hälfte der 97 500 Mitarbeitenden dem Migros-Gesamtarbeitsvertrag unterstellt. Und zweitens können die einzelnen Unternehmenseinheiten selbst entscheiden, wie stark sie die Lohnsumme anheben wollen. Die Bandbreite liegt zwischen 2 und 2,8 Prozent. Die Hälfte davon darf die Migros ausserdem in Form von Migros-Gutscheinen entrichten. Für Anne Rubin, Detailhandelsverantwortliche der Unia, ein absolutes No-Go: «Gutscheine haben in Lohnverhandlungen nichts zu suchen! Sie führen weder zu nachhaltigen Lohnerhöhungen, noch können sie frei verwendet werden.»

ZUMBRUNNEN VS. «DUTTI»

Das sieht auch der Kaufmännische Verband so. Der sonst brave Sozialpartner hat die Migros-Lohnrunde prompt platzen lassen. Keine Einwände hatte dagegen der Metzgereipersonalverband. Er unterschreibt seit Jahren fast alles, was ihm der Konzern vorlegt. Und die Unia? Sie ist dem Management zu unbequem und daher seit 2004 von allen Verhandlungen ausgeschlossen – trotz ihren rund 2000 Mitgliedern bei der Migros.

Und a propos Manager: Das Salär von Noch-CEO Fabrice Zumbrunnen (52) ist seit seiner Wahl an die Migros-Spitze 2018 jedes Jahr um 10 000 Franken angewachsen. Zuletzt sackte er 920 000 Franken ein. Was dazu wohl Gottfried Duttweiler gesagt hätte? Der Migros-Gründer schrieb einst in seinem «Brückenbauer»: «Das Kapital unserer Gesellschaften soll stets für die Schwachen einstehen (…) gegen die Starken, die ihre Macht missbrauchen.»

* Name geändert

ENTSCHLOSSEN: *Tanja Gehrig geht jetzt rechtlich gegen die faulen Lohntricks ihres ehemaligen Arbeitgebers, der Daru-Wache, vor.* FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Security-Frau Tanja Gehrig (37) kam mit ihrem Lohn gerade so über die Runden – dann fehlten plötzlich 500 Franken:

«Zwei Wochen gab's nur noch Teigwaren»

Das Security-Unternehmen Daru-Wache schluckt eine gut laufende Berner Firma. Seither bekommen die Mitarbeitenden Ende Monat nicht mehr den ganzen Lohn ausgezahlt. Tanja Gehrig machte dieses Spiel nicht mit – und wehrte sich.

CHRISTIAN EGG

Lange war Tanja Gehrig zufrieden mit ihrem Arbeitgeber. Die 37jährige arbeitet seit 14 Jahren für die Sicherheitsfirma GSD Gayret Security. Auf Andreas Gayret, deren Gründer und langjährigen Geschäftsführer, lässt sie nichts kommen: «So einen Chef kannst du weit suchen», sagt sie. Die Organisation sei top gewesen, die Stimmung gut und die Löhne immer pünktlich.

Bis zum April dieses Jahres. Da verkaufte Gayret die Firma. Und zwar an die Daru-Wache, mit über 300 Mitarbeitenden einer der grössten Player in der Branche. Der Firmenname GSD blieb, aber die Daru setzte einen neuen Chef ein. Der habe, so Tanja Gehrig, die knapp 30 GSD-Mitarbeitenden beruhigt: «Er sagte, für uns würde sich nichts ändern.»

2025 FRANKEN BRUTTO

Ein leeres Versprechen, wie sich im Juli zeigte. Denn seither zahlt die Daru Ende Monat nicht mehr den vollen Lohn aus. Sondern nur noch 80 Prozent. Den Rest gibt's erst am 15. des nächsten Monats. Auch die Lohnabrechnung kommt erst dann. Besonders dreist: Dort werden die fristgerecht ausgezahlten 80 Prozent als «Lohnvorzahlung» bezeichnet. Das geht aus Lohnabrechnungen hervor, die work vorliegen. Warum Daru Ende Monat nicht den ganzen Lohn zahlt, bleibt ihr Geheimnis: Die Fragen von work wollte sie nicht beantworten. Statt guter Stimmung herrschen jetzt Wut und Frust in der Firma. Susanne Trösch*, eine weitere GSD-Mitarbeiterin, sagt: «Als sie das mit dem Aufteilen des Lohnes bekanntgaben, haben wir alle reklamiert. Die Antwort war, das sei einfach so.»

Die Firma legte allen neue Verträge vor und drohte mit der Kündigung.

Für Tanja Gehrig hatte das neue Regime gravierende Folgen. Sie ist alleinerziehende Mutter von zwei Kindern im Primarschulalter und arbeitet 45 Prozent. Zu einem Bruttolohn von 2025 Franken im Monat – 13. Monatslohn bereits inklusive. Sie sagt: «Ich lebe am Existenzminimum, aber es geht grad. Solange ich den Lohn rechtzeitig erhalte.»

WER NICHT PARIERT, FLIEGT

Im Juli schildert sie dem Chef ihre Lage. Dieser zahlt Gehrig 500 Franken Vorschuss in bar. Statt den gesamten Lohn fortan pünktlich zu bezahlen, verspricht er ihr, künftig Ende Monat 90 Prozent zu überweisen. Auch das hält er nicht ein. Gehrig: «Es kommen sogar weniger als 80 Prozent, manchmal gar nur 70!» Damit fehlt es ihr ständig an Geld, sie kann Rechnungen nicht mehr pünktlich bezahlen. «Und den Kindern muss ich noch öfter sagen: Dafür reicht es nicht.»

Mitte Oktober kommt es noch schlimmer. Gehrig rechnet mit dem Rest des Septemberlohnes, nicht ganz 400 Franken. Doch jetzt zieht ihr die Daru den Vorschuss vom Juli ab. Statt Lohn ergibt das ein Minus von 127 Franken. Gehrig war verzweifelt: «Klar muss ich den Vorschuss vom Juli zurückzahlen. Aber so ohne Vorwarnung, das ist mehr als unfair!» Der Rest des Oktobers sei brutal gewesen. Bei den Kindern habe sie nicht noch mehr gespart. «Aber ich musste zwei Wochen von Teigwaren und Tiefkühlfood leben.»

Anstatt die Anliegen der Mitarbeitenden ernst zu nehmen, setzte die Daru Druck auf. Sie legte allen Beschäftigten einen neuen Arbeitsvertrag vor, wo die verzögerte Lohnzahlung festgeschrieben ist. Verbunden mit einer Kündigungsandrohung. Susanne Trösch: «Die Botschaft war: Entweder du unterschreibst, oder du kannst gehen.» Fast alle hätten unterschrieben. Tanja Gehrig weigerte sich. Am nächsten Tag hatte sie die Kündigung im Briefkasten.

GEGEN DAS GESETZ

Doch hier endet die Geschichte nicht. Denn die GSD-Mitarbeitenden wandten sich an die Unia. Und es stellte sich heraus: Die Daru-Wache handelt widerrechtlich. Regula Dick, Leiterin des Rechtsdienstes der Unia: «Laut Bundesgericht darf zwischen der Arbeit und dem Lohn nicht mehr als ein Monat verstreichen. Wenn die Daru die Arbeit von Anfang September erst am 15. Oktober entlöhnt, ist genau dies der Fall.» Damit sei auch die Klausel in den neuen Arbeitsverträgen ungültig.

«Ich muss meinen Kindern immer öfter sagen: Dafür reicht es nicht.»
SECURITY-FRAU TANJA GEHRIG

Die Unia-Mitglieder Gehrig und Trösch sagen: Das mit den Löhnen sei nur das krasseste Beispiel vom Chaos, das die neuen Daru-Chefs in der Firma angerichtet hätten. Trösch erzählt: «Die definitiven Dienstpläne gelten nur für eine Woche, und wir bekommen sie am Freitag vorher um 18 Uhr! Die Stundenabrechnungen sind total unübersichtlich, manchmal fehlen Einsätze, die ich geleistet habe.»

Julien Mayor von der Unia Bern nahm mit den Daru-Chefs Kontakt auf. Im September traf er sie und forderte gesetzeskonforme Lohnzahlungen spätestens ab Oktober. Doch die Daru hält an ihrer Praxis fest. Aktiv sind dagegen die beiden Mitarbeiterinnen. Susanne Trösch verlangt jetzt auf rechtlichem Weg eine gesetzeskonforme Lohnzahlung. Die Unia unterstützt sie dabei. Ebenso Tanja Gehrig – sie geht gegen ihre Kündigung vor. Juristin Regula Dick stellt klar: «Sie weigerte sich, eine rechtswidrige Vertragsbedingung zu akzeptieren. Ihr deswegen zu kündigen ist missbräuchlich.»

* Name geändert

la suisse existe
Jean Ziegler

DIE FLÜCHTENDEN ALS FEINDE

Nationalrätin Martina Bircher ist eine resolute, temperamentvolle Frau und in der SVP-Fraktion eine ziemlich einflussreiche Person. Für sie gibt es viel zu viele Flüchtlinge in der Schweiz. Sie fordert deshalb eine radikale Reform des Asylrechtes.

Das Menschenrecht auf Asyl wird von der EU und unserem Bundesrat mit Füssen getreten.

Dieses Menschenrecht ist festgeschrieben im Artikel 14 der Deklaration der universellen Menschenrechte vom 10. Dezember 1948. Es heisst: «Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu erhalten.»

BRANDGEFÄHRLICH. *Jeder Staat, der der Uno beitreten will, muss zuerst die Deklaration der universellen Menschenrechte und die Uno-Charta unterschreiben und ratifizieren. Dies haben bisher 193 Staaten der Welt getan. Auch die Schweiz im Jahr 2002. In einem Interview mit der «Sonntagszeitung» (20. November) sagt Frau Bircher nicht, welche «grundlegenden Reformen» sie genau mit ihren Kolleginnen und Kollegen von der SVP durchsetzen will. Sie wird die entsprechenden Motionen und parlamentarischen Initiativen in der kommenden Wintersession einreichen. Bircher sagt aber schon jetzt: «Die Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention (das Vertragswerk zum Schutz Geflüchteter, aufbauend auf der Deklaration der universellen Menschenrechte, J. Z.) sind veraltet. Wie jedes andere Gesetz müssen auch sie von Zeit zu Zeit reformiert werden.» Was die SVPlerin da ankündigt, ist brandgefährlich. Die Deklaration der universellen Menschenrechte ist eine zivilisatorische Errungenschaft. Sie geht jeder nationalen Gesetzgebung vor. Die Menschenrechte sind zeitlos, und ohne sie ist auf diesem Planeten keine friedliche Gesellschaft möglich. Gemäss dem Staatssekretariat für Migration beherbergt unser Land heute knapp 119 000 Geflüchtete, die in irgendeiner Art im Asylverfahren stecken. Davon auszuschliessen sind rund 63 600 ukrainische Flüchtlinge, die bis zum März nächsten Jahres den Sonderstatus S erhielten, der sie von einem individuellen Asylverfahren befreit. Es bleiben also noch rund 56 000 schutzsuchende Menschen in unserem Land von knapp 8,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern – ein Horror für Frau Bircher.*

MENSCHENJAGD. *Die schweizerische Flüchtlingspolitik ist schon lange eine Schande für unser Land. Seit 2009 ist die Schweiz Mitglied der Frontex, der militärisch bewehrten Schutzpolizei der Festung Europa. Zu dieser Truppe gehören auch Schweizer Zöllner und Polizistinnen, Männer und Frauen, die jeden Tag und jede Nacht daran beteiligt sind, mit aller Gewalt Flüchtlinge zu vertreiben. Also zu verhindern, dass sie in einem EU-Land oder in der Schweiz einen Asylantrag stellen können. Das lässt sich der Bundesrat einiges kosten. Er hat in diesem Jahr den Frontex-Jahresbeitrag von 14 auf 61 Millionen Franken erhöht. Martina Bircher irrt. Das Menschenrecht auf Asyl ist nicht «veraltet». Es wird von der EU und von unserem Bundesrat mit Füssen getreten. Es gibt keine Ohnmacht in der Demokratie. Wir müssen dafür kämpfen, dass sich die Schweizer Flüchtlingspolitik radikal und in kurzer Zeit ändert.*

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein im letzten Jahr im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam jetzt als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Prämienschock

Voll auf Kosten der Menschen

Die bürgerliche Mehrheit im Ständerat will die Haushalte mit tiefen Einkommen bei den Krankenkassenprämien nicht besser entlasten.

CLEMENS STUDER

Die explodierenden Krankenkassenprämien verschärfen die Lebenshaltungskosten-Krise gerade für Haushalte mit mittleren Einkommen massiv, weil sie keine oder kaum Prämienverbilligungen bekommen. Dies ist so, weil die bürgerlichen Mehrheiten in vielen Kantonen bei den Budgets für Prämienverbilligungen geizen. Für eine vierköpfige Familie bedeutet der erwartete Prämienschock konkret rund 1100 Franken

IMMER TEURER: Viele Haushalte leiden unter der Prämien-Explosion. FOTO: KEYSTONE

Mehrausgaben im Jahr, wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) ausgerechnet hat.

Das Problem ist nicht neu. Gewerkschaften und fortschrittliche Parteien haben deshalb die Prämienentlastungsinitiative lanciert. Diese verlangt, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent seines verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Die Umsetzung wäre unbürokratisch und einfach über das Prämienverbilligungssystem in den Kantonen machbar. Doch der Bundesrat lehnt die Initiative ab.

RIESIGER AFFRONT

In der Sommersession kam es im Nationalrat zu einem Schulterschluss der fortschrittlichen Parteien mit der Mitte. Das Resultat war ein substantieller Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative. Dieser enthält konkret unter anderem: zusätzlich 2,2 Milliarden Franken jährlich für die Prämienverbilligungen für Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen. Ausserdem

«Wie wenn die Feuerwehr bei einem Grossbrand bewusst auf ein Ausrücken verzichtet: unverständlich und skandalös!»

SGB-ZENTRALSEKRETÄR RETO WYSS

sollen die Kantone damit aufhören, die Prämienverbilligungen für Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzungsleistungen in ihre Beiträge an die Prämienverbilligung einzurechnen. So steht für die anderen Berechtigten mehr Geld zur Verfügung.

Die rechten Parteien SVP, FDP und GLP sind dagegen. Und der Ständerat spielt weiter auf Zeit. Am 30. November weigerte sich die bürgerliche Mehrheit, auf den indirekten Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative der SP einzutreten. Das heisst, sie verweigerte die Diskussion über die finanzielle Entlastung der Haushalte mit unteren und mittleren Einkommen.

Der St. Galler SP-Ständerat und ehemalige Chef des Gewerkschaftsbunds, Paul Rechsteiner, sagt dazu: ««Die Verzögerung durch die Bürgerlichen ist ein immenser Affront und geht voll auf Kosten der Menschen.» Und SGB-Zentralsekretär Reto Wyss sagt zur Diskussionsverweigerung der bürgerlichen Ständeratsmehrheit: «Das ist in etwa, wie wenn die Feuerwehr bei einem Grossbrand bewusst auf ein Ausrücken verzichtet: unverständlich und skandalös!»

UNGEWISSE ZUKUNFT: Auf internationalen Druck hat Katar den Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten im Land erstmals Rechte zugesprochen. Wie es nach der WM für sie weitergeht, ist allerdings unklar. FOTO: KEYSTONE

WM-Gastgeberin: Gesetze missachtet, gegen Rechte verstossen

Katars leere Versprechen

Die WM in Katar ist in vollem Gange, bei den Arbeitsrechten der Migrantinnen und Migranten kommt es aber zum Stillstand. Die internationale Baugewerkschaft BHI kritisiert das scharf.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die Fussballweltmeisterschaft in Katar zieht zurzeit viel Aufmerksamkeit auf sich. Im Rampenlicht stehen die ruhmreichen Fussballer. In den Schatten rücken jene, die den Mega-Event überhaupt möglich machen: die Hunderttausenden Arbeitsmigrantinnen und -migranten aus Bangladesh, Nepal und von den Philippinen, die die Fussballstadions und Hotels bauten. Oder im Gastgewerbe, im Sicherheitssektor oder als Hausangestellte arbeiten. Oft zu miesen, manchmal sogar tödlichen Bedingungen (work berichtete wiederholt: **workzeitung.ch/katar).** Aus diesem Grund engagiert sich die Internationale Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaft (BHI) seit über zehn Jahren für die Arbeitsrechte in Katar. Der Gewerkschaft gelang es, vielversprechende Verbesserungen für die Arbeitsmigrantinnen und -migranten zu erkämpfen. Der wichtigste Punkt: die Abschaffung des berüchtigten «Kafala»-Systems, das es den Arbeitern verboten hatte, ohne Einverständnis des Chefs die Stelle zu wechseln oder das Land zu verlassen. Dazu: die Einführung eines generellen Mindestlohns und die Möglichkeit, Verstösse zu melden.

DIE «AKTE KATAR»

Zum Anpfiff der Fussball-WM veröffentlichte work alle bisher erschienenen Artikel zum Thema im grossen Onlinedossier: **workzeitung.ch/katar.**

PROFIT ÜBER LEBEN

Doch kurz vor dem Anpfiff der Weltmeisterschaft übte die BHI nun harsche Kritik. Der Grund: Die Gewerkschaft hatte ein klares Bekenntnis verlangt, dass die gemachten Reformen auch über die WM hinaus gesichert und durchgesetzt werden. Doch die katarischen Behörden und die Fifa hüllen sich in Schweigen.

Dabei wären solche Garantien dringend nötig, wie ein Fall nur knapp zwei Monate vor WM-Anpiff zeigte: Über ein halbes Jahr mussten sechzig Baubüezer ohne Lohn chrampfen. Als sie sich dagegen wehrten, liess der WM-Gastgeber sie verhaften – und einige sogar aus dem Land schaffen. Die Regierung kündigte

Die Gewerkschaften fordern eine Garantie, dass die Reformen auch nach der WM gesichert sind.

schliesslich an, die ausstehenden Saläre zu zahlen. Doch die BHI stellt bei ihrer Arbeit vor Ort immer wieder fest: Arbeitgeber missachten Gesetze und verstossen gegen Menschenrechte.

Auch an der Fifa übt die Gewerkschaft scharfe Kritik für leere Versprechen. Schliesslich hatte der Fussballverband gelobt, sich dafür einzusetzen, den Arbeiterinnen und Arbeitern in Katar über die WM hinaus sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Für die BHI ist jedoch klar: Innerhalb der Fifa gibt es grundlegende Konflikte zwischen «einer starken Menschenrechtspolitik und Business as usual».

IN DIE VERLÄNGERUNG

Doch die Gewerkschaft lässt nicht locker. Drei konkrete Forderungen wurden noch vor dem Anpfiff der WM gestellt: Die vereinbarten Arbeitsrechte müssen endlich eingehalten werden, sogenannte Workers Centers als sichere Anlaufstellen aufgebaut und auf lange Sicht – also auch nach der WM – die Rechte und die Sicherheit der Arbeiterinnen und Arbeiter geschützt werden.

Für die BHI ist klar: Die Gewerkschaften setzen sich weiterhin mit aller Kraft für die Arbeiterinnen und Arbeiter in Katar ein. Oder wie die BHI es in der Sprache des Fussballs sagt: «Die Arbeitsmigranten müssen in die Verlängerung, während der Ausgang immer noch nicht feststeht.»

Geschasste Bauarbeiter vom Genfer Flughafen berichten:

«Wir kannten unsere Rechte nicht!»

Beim Bau des neuen Logistikzentrums am Genfer Flughafen wurden Bauarbeiter ausgebeutet. Die Unia schritt ein.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Das monatelange Ringen der entlassenen Büezer am Genfer Flughafen ist noch nicht vorbei. Im Sommer flog auf: Beim Bau eines neuen Logistikzentrums in Genf wurde massiv gepfuscht – und zwar bei den Arbeitsbedingungen! Bauarbeiter aus Italien und Rumänien verdienten gerade einmal 9 Franken pro Stunde, arbeiteten sieben Tage die Woche und 12 Stunden pro Tag (work berichtete).

Bei einer Pressekonferenz der Unia Genf kamen die Bauarbeiter nun erstmals zu Wort: «Wir wurden monatelang unterbezahlt, hatten sehr lange Arbeitszeiten und sehr viele Überstunden.» Als diese Ausbeutung aufflog, schloss der Flughafen die verantwortliche Firma Mitel International SA kurzerhand von der Baustelle aus. Doch das traf auch die Arbeiter: Die knapp fünfzig geprellten Büezer mussten in ihre Heimat zurückkehren – ohne Lohn und ohne Job.

SKANDAL-BAUSTELLE: Das Logistikzentrum am Flughafen Genf, gebaut mit Dumpinglöhnen. FOTO: GENÈVE AÉROPORT

ZURÜCK IN GENF

Gewehrt hatten sie sich zuerst nicht: «Wir wussten nicht, welche Rechte wir haben. Wir dachten, dass so etwas in der Schweiz nicht vorkomme.» Doch die Unia schritt ein. Sie forderte, dass die Arbeiter weiter auf der Genfer Flughafenbaustelle arbeiten können – mit Erfolg.

Und wie war es, derart abserviert zu werden? Ein Büezer erzählt: «Das war sehr hart. Wir waren viele Monate lang völlig im Ungewissen über unsere Zukunft, mit Löhnen, die nicht gezahlt wurden oder die niedriger waren als das, worauf wir ein Recht hatten.»

Dank dem Einsatz der Unia haben die Büezer ihren Job am Genfer Flughafen jetzt aber wieder zurück! Allerdings nicht mehr bei der Mitel SA, die weiter von den Bauarbeiten ausgeschlossen bleibt. Sondern bei der PH Facility SA, einem Subunternehmen. Die Gewerkschaft wacht aber weiterhin streng über die Arbeitsbedingungen. Denn besonders das Geschäft mit den Subunternehmen ist für die Unia ein Dorn im Auge. Denn: Je mehr Firmen auf einer Baustelle unterwegs

Dank der Unia haben die Arbeiter ihren Job wieder.

sind, desto undurchsichtiger werden die Bedingungen. Die Gefahr für Lohndumping steigt markant. Die Unia verlangt vom Flughafen Genf daher einen Notfallfonds, der geschädigten Arbeitern die Löhne nachzahlen könnte. Beim Fall der geschassten Arbeiter der Mitel SA wäre dies bereits sinnvoll gewesen: Sie warten nämlich weiterhin auf ihre vollen Löhne.

Arbeitgeber-Präsident Valentin Vogt (62) tritt ab

Jetzt übernimmt die Finanzindustrie

Seit seiner Gründung wurde der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) von Industriellen angeführt. Mit dem Rücktritt von Valentin Vogt endet diese Ära. Auf ihn folgt Severin Moser, ein Versicherungsmanager.

CLEMENS STUDER

Die NZZ formulierte es so: «Die Nachfolge ist insofern aussergewöhnlich, als mit Moser erstmals ein Kandidat des Dienstleistungssektors für das Präsidium des SAV vorgeschlagen wird.» Das ist lehrbuchmässig korrekt. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählen zum Dienstleistungssektor auch Banken und Versicherungen. Genauso wie etwa der Handel, das Gastgewerbe, das Gesundheitswesen und der Verkehr. Doch eben, Severin Moser ist weder Detailhändler noch Pfleger. Sondern ein Versicherungsmanager. Also ein Vertreter der Finanzindustrie. Das ist ein grosser Unterschied. Weil die Finanzindustrie in zentralen Fragen andere Interessen hat als der Werkplatz.

RÜCKBLICK I

Valentin Vogt hat sein berufliches Leben in der Industrie verbracht. Zuerst angestellt, seit 20 Jahren als Miteigentümer des Winterthurer Maschinenbauers Burckhardt. Sein Nachfolger Severin Moser ist schon sein ganzes Berufsleben bei Versicherungen. Die unterschiedlichen Prägungen von Vogt und seinem Nachfolger sind nicht banal, wie ein kurzer Rückblick zeigt. In den 1980er-Jahren organisierten die Grossbanken eine erste Deindustrialisierungswelle. Die damalige Bahnindustrie zum Beispiel wurde gezielt zerstört, die Uhrenindustrie sollte nach Asien verkauft werden. Flankiert wurde diese Anti-Werkplatz-Politik durch die Schweizerische Nationalbank. Deren damaliger Chef Markus Lusser vernichtete mit seiner Hochzinspolitik rasch 100 000 reale Jobs.

Die Frage lautet: «Alpen-Singapur» oder Werkplatz Schweiz?

Das war weder damals noch heute einfach Unvermögen oder Bösartigkeit. Dahinter steckt eine Ideologie. Die Finanzindustrie träumt von einer Schweiz als «Alpen-Singapur»: einem Banken- und Versicherungsland ohne Industrie, viel Polizei und keinen Gewerkschaften. Rechte Denkfabriken haben entsprechende Landkarten längst gezeichnet. Politisch unterstützt wird dieses Konzept seit Jahren von der Milliardärspartei SVP.

RÜCKBLICK II

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) beziehungsweise seine Vorgängerorganisationen gibt es seit 1908. Die meiste Zeit führte er mit Unterbrüchen «eine pragmatische, relativ sozialpartnerschaftliche Politik», schreibt der ehemalige Unia-Co-Präsident und work-Kolumnist Andreas Rieger in seiner Studie zu den Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden in der Schweiz (siehe Box). Für einen dieser Unterbrüche stehen die ersten Jahre von Vogts Amtszeit. Er übernahm vom Berner Freisinnigen Rudolf Stämpfli Mitte 2011. Dieser hatte – wie seine Vorgänger – die Blocher-SVP erfolgreich draussen gehalten. Mehr noch, es kam zu Kompromissen mit verstärkten flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit mit der EU. Diese sind der SVP und anderen marktradikalen Ideologen ein Dorn im Auge. Vogt wollte sich an die SVP annähern und fuhr eine harte antigewerkschaftliche und antisoziale Linie. Im Vorfeld der «Masseneinwanderungsinitiative» wollte er nichts von verstärkten FlaM wissen. Trotz Kritik in den eigenen Reihen. Die Initiative kam mit 50,3 Prozent durch. Vogt schmiss sich danach mit «seinem» SAV noch mehr an die SVP heran – sogar noch, als diese die «Kündigungsinitiative» lancierte, die brutale Folgen für den Werkplatz gehabt hätte. Unter anderem wollte er das unmenschliche Kontingentsystem wieder einführen. Oder tönte an, ein 100-Prozent-Lohn müsse nicht unbedingt zum Leben reichen. Schliesslich gebe es ja Sozialhilfe.

DER NEUE: Severin Moser. FOTO: PD

EINSICHT?

Erst seit 2019 ist der SAV unter Vogt wieder eher für Kompromisse mit den Gewerkschaften und den fortschrittlichen Parteien zu haben. Wohl nicht zuletzt, weil die Abschottungsparolen der SVP trotz aller Anbiederung immer radikaler wurden.

Mit Vogts «Verwandlung» («NZZ am Sonntag») gelangen soziale Projekte wie die Überbrückungsrente für ausgesteuerte Ältere, das erste neue Sozialwerk seit Jahrzehnten. Oder der Kompromiss von Arbeitgebern und Gewerkschaften bei der Reform der zweiten Säule. 2020 bekämpfte Vogt Seite an Seite mit SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard die SVP-Kündigungsinitiative, die ihn 2014 noch nicht gestört hatte. In den vergangenen Monaten hat Vogt wieder offensiv neoliberale Töne angeschlagen. Sprach etwa im Sommer noch von «einem ganz normalen Lohnherbst», trotz massiv steigender Teuerung und Explosion der Krankenkassenprämien.

AUSBLICK

Versicherungsmanager Severin Moser wird zweifellos zum Nachfolger von Valentin Vogt gewählt. Wie und wo er den Arbeitgeberverband wirtschafts- und sozialpolitisch verorten wird, wird wohl seine Antrittsrede zeigen. «Alpen-Singapur» oder Werkplatz Schweiz?

Vogt jedenfalls hatte in seiner Antrittsrede vor elf Jahren klargemacht, was er die nächsten Jahre verfolgte: Sozialabbau und Schwächung der Arbeitnehmendenrechte. Auch dank den starken Gewerkschaften ist er damit mehrheitlich gescheitert.

UND TSCHÜSS: Arbeitgeber-Chef Valentin Vogt geht. FOTO: 13PHOTO

Studie: Alte Verbände, neue Macht

work-Kolumnist Andreas Rieger legte im vergangenen Jahr auf gut vierzig Seiten eine profunde Analyse zu Geschichte und Gegenwart der Verbände der -Arbeitgeber vor. Rieger weiss, wovon er schreibt: Als ehemaliger Co-Präsident der Unia focht er selbst während Jahren viele Kämpfe mit den Arbeitgebern aus. In seinem Arbeitspapier zeigt er auf, wie stark sich die Arbeitgeberszene in der Vergangenheit gewandelt hat.

IM WANDEL. Arbeitgeberverband, Gewerbeverband und Economiesuisse kommen zwar praktisch täglich in den Medien vor. Doch immer stärker etablieren sich neben den Dachverbänden auch jene aus den Branchen. Wie etwa Allpura (Reinigung), Curaviva (Pflege) oder die neu positionierte Swiss Retail (Detailhandel). Ihr Aufstieg spiegelt den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft. Rieger porträtiert in seiner Studie diese wenig bekannten Newcomer der Wirtschaftslobby. Sie stehen nicht im Rampenlicht, haben aber doch viel Einfluss und sind wichtig im Kampf um neue Gesamtarbeitsverträge. Wer meint, der Einfluss der Wirtschaftsverbände sei verschwunden, geht fehl.

Andreas Rieger: **Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in der Schweiz**. Bestellung bei Unia Kommunikation, Weltpoststr. 20, 3000 Bern. Download: **rebrand.ly/rieger-verbände**

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin a. D. & der Ausblick

Wenn die Briefträgerin a.D. im Zusammenhang mit der gelben Riesin an die Zukunft denkt, kommt ihr unweigerlich die Parole in den Sinn: «Die Post – der Motor für eine moderne Schweiz». Was für ein Anspruch! Was für

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

eine Anmassung! Besonders, da der Motor ein selbsternannter ist.

Wohin will dieser Motor die Schweiz treiben? Wer bestimmt die Richtung? Wer bestimmt sie mit? «Do it yourself» lautet eine weitere Parole, die so allerdings nicht ausgesprochen wird. Einzahlungsscheine selber drucken, E-Banking selber machen, Aus-

Die Zukunft: Drohnen und Robi, der Gepäckroboter aus Saas-Fee.

landpakete selber verschicken, um keinen Aufpreis bezahlen zu müssen, und so weiter.

HAUPTSACHE DIGITAL. Durchdigitalisierung ist ein Hauptziel. Und damit die Entpersönlichung der Verhältnisse. Schalter werden weniger aufgesucht, weil die Post es so will und finanziell anreizt. Gleichzeitig wird der Rückgang der Schaltergeschäfte als Begründung für Poststellenschliessungen angegeben. Die Post forciert die Digitalisierung des Briefverkehrs, auch indem sie «Kundenlösungen» («Print & Send») anbietet, und fördert damit den Briefmengenrückgang, den sie gleichzeitig als Dauerargument für Rationalisierungsmassnahmen vorbringt.

Und der Datenschutz? Niemand verfügt vermutlich über ein auch nur annähernd so lückenloses Verzeichnis aller in der Schweiz lebenden Menschen wie die Post. Wer an einem Hausbriefkasten angeschrieben ist, wird erfasst. Kennt die Post darüber hinaus auch zum Beispiel die Krankengeschichten ihrer «Nutzniessenden», weil sie für die Krankenkassen die Versände macht? Is big yellow sister watching you?

GNADENLOS: Selbstfahrende Postautos, Robi, der Gepäckroboter aus Saas-Fee – der «K-Tipp» spottete bereits im Januar 2022 über das «regelrechte Innovationsspektakel» der Post: «Reif fürs Museum». Die Post aber will dranbleiben.

«Und das mit den Drohnen, natürlich», meinte der IT-versierte Kollege von Presto. «Die haben auch mit der Dunkelheit zur Frühzustellungszeit kein Problem, die wissen, wo sie sind. Aber die Briefkästen müssen dann an das angepasst sein, was die Drohnen können. Und nicht umgekehrt. Denn die Drohnen sind – anders als das menschliche Zustellpersonal – rücksichtslos.»

Shiva Khosravi (34) eindrückliche Kongress-Rede über die Revolte in Iran

«Der Funke, der den Bart der Ayatollahs in Brand setzt»

Die Künstlerin Shiva Khosravi wurde 1987 in Isfahan geboren. Mit 22 hat sie Iran verlassen, um in Genf Grafikdesign zu studieren.

EXIL-IRANERIN: Shiva Khosravi. FOTO: MONIQUE WITTWER

«Vor 72 Tagen wurde die 22jährige Jina Mahsa Amini von der ‹Sittenpolizei› zu Tode geprügelt, weil sie ihr Kopftuch falsch getragen hatte. Tausende Menschen sind seither auf die Strasse gegangen, um gegen das Mullah-Regime zu protestieren.

Der Kampf für Demokratie ist in Iran seit über hundert Jahren im Gange. Er begann mit der Konstitutionellen Revolution von 1906. Der erste iranische Premierminister Mohammad Mossadegh, der das Öl in Iran verstaatlichte und auch versuchte, eine säkulare Demokratie in Iran einzuführen, wurde durch einen von den USA und dem Vereinigten Königreich inszenierten Staatsstreich gestürzt.

«Die streikenden Arbeitenden sind Teil dieser Revolution.»

Die Revolution von 1979 für die Einführung einer Demokratie wurde von Ayatollah Khomeini gestohlen. Seitdem haben wir den Kampf nie aufgegeben und weiter für Demokratie und Freiheit gekämpft.

Die iranischen Frauen begannen ihren Kampf gegen die Einführung des Kopftuchs am Tag nach der Machtübernahme durch die Ayatollahs. Am 8. März 1979 fand die erste Frauendemonstration in Teheran statt.

FRAU. Seit dem 16. September 2022 brennt Iran. Mehr als 400 Menschen starben, mindestens 60 Kinder wurden bei den Protesten getötet, und mehr als 16 000 Menschen wurden verhaftet. Es ist eine Revolution, die vollkommen säkular ist und sich nicht gegen die Religion richtet, sondern gegen ein religiöses politisches System.

Die Islamische Republik reduziert Frauen auf ihre reproduktive Funktion. Ab dem Alter von sechs Jahren müssen wir einen Schleier tragen, und ab neun Jahren gilt das Kind als erwachsene Frau und darf heiraten.

LEBEN. Wir dürfen das Land nicht ohne die Erlaubnis unserer Väter oder Ehemänner verlassen. Wir haben kein Scheidungsrecht, wir haben kein Sorgerecht für unsere Kinder, eine Frau ist vor Gericht, als Zeugin oder auch beim Erbe nur halb so viel wert wie ein Mann, und diese Liste lässt sich beliebig fortsetzen …

‹Frau, Leben, Freiheit› ist der Slogan dieser Revolution geworden, den Frauen und Männer auf der ganzen Welt rufen. Männer unterstützen Frauen, denn wenn die Rechte der Frauen respektiert werden, werden auch die Rechte der Männer respektiert!

Es sind nicht nur die Frauen, die in Iran leiden. Die ethnischen Minderheiten, die Kurden, die Belutschen, die Türken und Araber in Iran, die religiösen Minderheiten, die LGBTQ, die Arbeitenden, all die Menschen, die bis heute von ihren Rechten ausgeschlossen wurden.

FREIHEIT. Die Streiks nehmen von Tag zu Tag zu, und auch die Arbeiterinnen und Arbeiter sind Teil dieser Revolution. Sie leiden in letzter Zeit noch mehr, ihr Alltag ist beschwerlich, mit Löhnen, die nicht zum Leben reichen. Der Rial hat 82 Prozent seines Wertes verloren, die Inflation ist offiziell auf 54 Prozent gestiegen, und das Regime hat die Löhne nicht erhöht, sondern die Arbeiter haben seit mehreren Monaten keine Löhne mehr erhalten.

Diese Streiks, die derzeit in Iran stattfinden, kann man zweifellos als politische Streiks bezeichnen. Alle Menschen, die streiken, versammeln sich derzeit in Iran an ihren Arbeitsplätzen und beginnen, Parolen gegen das Regime zu singen, und erklären ihre Solidarität mit dem iranischen Volk, das auf der Strasse demonstriert, und auch ihre Unzufriedenheit mit dem Regime, der wirtschaftlichen Situation, der Korruption.

Die Situation der Menschen, die in Iran streiken, ist nicht die gleiche wie in der Schweiz. Die Arbeitenden begeben sich in Gefahr, weil das Regime ihnen und ihren Familien mit Tod oder Gefängnis droht und auch damit, dass sie ihre Arbeit verlieren oder ihre Löhne nie erhalten werden. Aber trotzdem unterstützten sie weiterhin die Revolution und zeigen ihre Solidarität mit den Menschen auf der Strasse.

Wir hoffen, dass die Schweizer Gewerkschaften ein starkes Signal der Solidarität mit den Völkern von Iran setzen werden. Zur Unterstützung des entscheidenden Kampfes im Land lauteten unsere Forderungen:

1. Ausweisung aller Diplomaten der Islamischen Republik aus der Schweiz,

2. Verhängung harter, gezielter Sanktionen gegen die Verantwortlichen des Islamischen Regimes und die Mitglieder der IRGC (Revolutionsgarden).

3. Blockieren und Einfrieren aller Vermögenswerte des Regimes, die direkt oder über Alibifirmen in Finanzinstituten, Immobilien, Import-Export-Geschäften usw. angelegt sind.

4. Hilfsgelder zur Unterstützung der streikenden Arbeiter in Iran.

5. Es wäre sehr zu begrüssen, wenn die Schweizer Gewerkschaften ihre Solidarität mit den streikenden Arbeitern, die in Iran ihr Leben riskieren, durch eine Demonstration zeigen würden.

Jina Mahsa Amini wurde für die Freiheit in Iran geopfert, ihr wehendes Haar war der Funke, der den Bart der Ayatollahs in Brand setzte.»

AUS DEM FRANZÖSISCHEN ÜBERSETZT VON ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Flughafen-Gewerkschafterin Daniela Modonesi (59) über Problempassagiere:

«Er hat mit voller Wucht zugeschlagen»

Gewalttätige Fluggäste wurden im Zuge der Coronapandemie zum Riesenproblem. Dann organisierte Check-in-Arbeiterin Daniela Modonesi einen Streik.

JONAS KOMPOSCH

Viel Zeit für eigene Reisen hat Daniela Modonesi nicht. Denn sie arbeitet in einem Vollpensum am Check-in des Flughafens von Bologna. Dort ist sie Supervisorin, also für das reibungslose Fortkommen der Touristenmassen zuständig. Doch die 59jährige ist auch aktive Gewerkschafterin – und zwar nicht nur bei der italienischen FILT CGIL, sondern auch in der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF). Im Weltverband amtet sie als Vertreterin der weiblichen Verkehrsbeschäftigten. Und daher muss Modonesi immer wieder selbst in den Flieger steigen – nach London etwa, wo die ITF ihren Hauptsitz hat. Oder in die Schweiz, wo sie heuer als Ehrengast am SGB-Kongress spricht. Und zwar zu einem globalen Problem: Übergriffe gegen Verkehrsangestellte haben stark zugenommen – auch pandemiebedingt. Modonesi weiss, wovon sie spricht. Schon als 22jährige begann sie als Flughafenarbeiterin. «Damals war der Minirock noch überall Pflicht», erinnert sie sich. Und: «Wir mussten für das Recht auf Hosen kämpfen!»

SCHMINK-VORSCHRIFTEN

Der Luftverkehr sei schon immer ein spezieller Kosmos gewesen. Und noch heute handle es sich um einen Sektor mit starker weiblicher Präsenz, aber ausgeprägter Rollenteilung: «Männer fliegen, fahren Busse und grosse Maschinen.» Anders die Frauen. «Sie werden auf vermeintlich zweitrangige Tätigkeiten verwiesen und auf sexistische Weise dargestellt.» Als Beispiel nennt Modonesi die Flugbegleiterinnen: «Noch heute haben sie rigide Schminkvorschriften, und auch Highheels sind noch Pflicht, aber nur zur Begrüssung. Denn während des Flugs sind sie aus Sicherheitsgründen tabu.» Der Sexismus zeige sich auch im Verhalten der Fluggäste. Bei Problemen etwa werde sie häufig gefragt, wo denn «der Supervisor» sei. Ihr als Frau werde dieser Beruf schlicht nicht zugetraut. Und obendrauf kämen nun noch die verrohten Passagiere.

Modonesi sagt: «Problempassagiere sind nichts Neues, doch Covid hat sie aggressiver gemacht.» Zertifikatskontrollen und die wechselnden Einreisebestimmungen hätten allgemein zu mehr Nervosität und Stress geführt. Bei einigen Gästen reiche aber die kleinste Störung – und schon würden alle Sicherungen durchbrennen. Die Täter, fast immer Männer, heissen im Fachjargon «unruly passengers», also widerspenstige Passagiere. Der Begriff beschönigt.

DIE ATTACKE ZU VIEL

Modonesi hat es schon zigmal erlebt: «Es beginnt mit verbalen Ausfällen, besonders gegen uns Frauen, dann folgen sexistische Sprüche und Beleidigungen, und unter Umständen rastet der Passagier komplett aus.» Dann folgten Boxschläge, etwa gegen die Scheiben des Check-in-Schalters. Oder Kolleginnen würden geschubst. Oder an den Haaren gerissen. Noch Schlimmeres hat Daniela Modonesi vor einem Jahr erlebt: «Ein älterer Herr wurde im Gate aggressiv und hat einer Kollegin mit voller Wucht ins Gesicht geschlagen.» Das war zu viel. Kurzerhand trat die Belegschaft in den Streik. Ihre Forderung an den Flughafenbetreiber: endlich einen griffigen Schutz vor Gewalttätern. Die Notlage konnte Modonesi eindeutig belegen. Drei Monate lang hatte ihre Gewerkschaft jede Gewalttat gegen das Bologneser Bodenpersonal gezählt. Resultat: 15 Attacken.

ARBEITET AM FLUGHAFEN IN BOLOGNA: Daniela Modonesi. FOTO: MONIQUE WITTWER

Modonesi jedenfalls hatte Erfolg. Mit der FILT CGIL und dem Flughafenbetreiber entwickelte sie ein ausgeklügeltes Warnsystem. Seit April ist es in Kraft. Doch die Gewerkschafterin gibt sich bescheiden: «Wir sind auf gutem Weg – aber noch lange nicht am Ziel.»

DIE WEICHEN FÜR DIE ZUKUNFT GESTELLT: Am Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes diskutierten die Delegierten unter anderem über Massnahmen gegen die schwindende Kaufkraft, Auswege aus der Klimakrise und einen neuen feministischen Streik. FOTOS: MONIQUE WITTWER

Der 57. SGB-Kongress hat entschieden: 2023 ist wieder ein Frauenstreik-Jahr

Olih, olih, olah, vierzehnter Juni – wir sind da!

Drei Positionspapiere, zwei Streikankündigungen – und eine Premiere. Das und noch viel mehr war der Kongress des Gewerkschaftsbundes.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Golden schimmert die Fassade des Kongressgebäudes in Interlaken, weiss glänzt die frischverschneite Jungfrau, während drinnen die Köpfe rauchen: Antrag zur Prüfung, zur Annahme oder zur Ablehnung; Vorschlag und Gegenvorschlag; Abstimmungskarte hoch, wieder runter, immer munter – und weiter zum nächsten Traktandum. Am 57. Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) setzten die Delegierten der 20 Gewerkschaften die politischen Eckpfeiler für die nächsten vier Jahre. Dazwischen Auftritte von Gastreferenten wie Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. Er lobte die flankierenden Massnahmen der Schweiz und sprach über den angekündigten Streik der Österreichischen Bundesbahnen (siehe Seite 3). Oder die herzzerreissende Rede der Iranerin Shiva Khosravi über die Aufstände in ihrem Land (siehe links oben). Und die eindrücklichen Zahlen des Gewerkschafters Oleksandr Shubin aus der Ukraine (siehe rechts). Traditionellerweise war auch der Wirtschaftsminister eingeladen. Ebenso traditionellerweise verliessen zahlreiche Anwesende den Saal, als der SVP-Bundesrat Guy Parmelin zu seiner Rede ansetzte.

Zum ersten Mal sind an der SGB-Spitze die Frauen in der Mehrheit.

AUF ZUM FRAUENSTREIK!

Gänzlich ohne Gegenstimmen wurde hingegen SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard für eine zweite Amtszeit wiedergewählt. Der Kongress hat Vizepräsidentin Vania Alleva (Unia-Präsidentin) in ihrem Amt bestätigt und neu Natascha Wey (VPOD-Generalsekretärin) zur Vizepräsidentin gewählt. Sie nimmt den Platz des abtretenden SEV-Präsidenten Giorgio Tuti ein. Zum ersten Mal in der Geschichte sind damit die Frauen an der SGB-Spitze in der Mehrheit.

Nächstes Traktandum: Chorgesang! «Olih, olih, olah, vierzehnter Juni – wir sind da!» Einstimmig hat der Kongress beschlossen: Am 14. Juni 2023 gibt es wieder einen Frauenstreik! Schon 2019 hatte am Frauenstreiktag eine halbe Million Menschen Respekt, mehr Lohn und mehr Zeit gefordert. Doch seither ist wenig passiert: Die Revision des Gleichstellungsgesetzes war eine Farce. Bei den Renten geht's spätestens seit der Annahme der AHV-21-Vorlage rückwärts. Und Lohngleichheit liegt in weiter Ferne: Noch immer beträgt der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern 18 Prozent. Die Forderungen von 2019 sind aktueller denn je, ganz besonders in den Betrieben.

Und weiter zum Kongress-Antrag 2, Kündigungsschutz: Ergreifend der Bericht über die junge Mutter, die versucht, Stillen und Arbeit unter einen Hut zu bringen, und trotzdem die Kündigung kassiert. Deshalb will der SGB eine Initiative für einen besseren Kündigungsschutz lancieren. Und folgt damit dem Unia-Kongress. Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sollen besser geschützt werden. Denn auch hier ist die Schweiz im Verzug bei der Umsetzung der geltenden ILO-Konvention.

MINDESTENS 4500 FRANKEN!

Vorwärtsmachen will der SGB auch in Sachen Kaufkraft, Renten und Klimakrise. Denn obwohl die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt ist, bleibt in den Portemonnaies der Lohnabhängigen am Ende des Monats immer weniger übrig. Zusätzlich zur Teuerung steigen die Krankenkassenprämien und Mieten. Was es jetzt braucht: generelle Lohnerhöhungen, Schluss mit Löhnen unter 4500 Franken und mehr Gesamtarbeitsverträge. Und: Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent des Einkommens für die Krankenkassen ausgeben müssen (Prämien-Entlastungs-Initiative). Das hat der Kongress mit dem Positionspapier zu Kaufkraft und Verteilung verabschiedet (das Positionspapier zum Nachlesen gibt es hier: **rebrand.ly/kaufkraft).**

In der Altersvorsorge will der SGB die AHV ausbauen, über die im Parlament hängige Initiative für eine 13. AHV-Rente. Und fordert den vollen Teuerungsausgleich in der AHV. Denn der AHV geht es ausgezeichnet, anders als im Vorfeld der AHV-21-Abstimmung behauptet. Nur zweimal brauchte sie bisher eine Zusatzfinanzierung. Ganz im Gegensatz zu den dramatischen Entwicklungen bei den Pensionskassen **(rebrand.ly/renten).**

JETZT KANN'S LOSGEHEN!

Und schliesslich, kurz vor Samstagmittag: Traktandum Klimakrise. Als 2019 die Klimajugend die Klimakrise weltweit zum Top-Thema machte, gab es noch keine gewerkschaftliche Position, obwohl die Gewerkschaften die Klimastreiks unterstützten. Umso erfreulicher, dass der Kongress jetzt die gewerkschaftlichen Leitlinien für eine erfolgreiche Klimawende verabschiedet hat **(rebrand.ly/klimapapier).** Der Grundtenor: Es reicht nicht, das bestehende Wirtschaftssystem grün anzumalen, es braucht strukturelle Veränderungen. Dafür soll jedoch nicht die breite Bevölkerung bezahlen, sondern die Vermögenden, weil sie auch die Hauptverursacherinnen und -verursacher der Klimakrise sind. Zentral sind Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für neue Fachkräfte, Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Und mehr Service public in der Energieversorgung, zum Beispiel für den Ausbau der Fernwärmesysteme.

Karten hoch, Papier angenommen, jetzt kann's losgehen!

Ukraines Lohnabhängige in Not: Schon die Hälfte der Menschen ist ohne Job

UKRAINISCHER GEWERKSCHAFTER: Oleksandr Shubin. FOTO: MONIQUE WITTWER

Seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine liegt der dortige Arbeitsmarkt für Millionen brach. Gewerkschafter Oleksandr Shubin zeigte am SGB-Kongress das ganze Ausmass.

Über neun Monate dauert der Angriffskrieg auf die Ukraine bereits an. Er zerstörte die Infrastruktur und trieb über 7 Millionen Menschen in die Flucht. Aber auch der Arbeitsmarkt liegt in Schutt und Asche. Oleksandr Shubin, Vizepräsident des ukrainischen Gewerkschaftsbundes FPU, schilderte die Situation mit eindrücklichen Details.

RENTEN-LÜCKEN. Für Shubin ist klar: «Der Krieg hat den Menschen viele Rechte geraubt, auch ihre Arbeitsrechte.» Laut dem Gewerkschafter entstehen durch den Zusammenbruch der Wirtschaft massive Lücken bei den Zahlungen von Renten, Mindestlöhnen und Sozialleistungen. Um diese finanziell zu überbrücken, werden mindestens 30 Milliarden Dollar an internationaler Hilfe benötigt. Der Grund für das fehlende Geld: «Mindestens 85 Prozent der inländischen Einnahmen werden für diesen schrecklichen Krieg ausgegeben.»

STREIKS VERBOTEN. Wie prekär die Lage ist, zeigen die Zahlen: Über 55 Prozent der Ukrainerinnen und Ukrainer haben ihre Jobs verloren. Jene, die noch Arbeit haben, verdienen nur noch die Hälfte. Gegen die Tieflöhne zu kämpfen ist laut Shubin sehr schwierig. Denn seit der Ausrufung des Kriegsrechts sind Streiks verboten. Und auch andere Arbeitnehmerrechte wurden eingeschränkt. Die Gewerkschaften versuchen zu helfen, wo sie können. Bei der Stellensuche, aber auch mit Unterkünften und Verpflegung. Umso klarer sind die Forderungen: Die Löhne müssen geschützt und Arbeitsplätze wiederaufgebaut werden. Shubin: «Seit dem ersten Tag dieses Krieges leisten die Ukrainerinnen und Ukrainer Widerstand. Das tun auch die Gewerkschaften.»

DARIJA KNEŽEVIĆ

Hinter den Kulissen:

Heitere Stimmung

Miteinander plaudern, sich austauschen und gemeinsam feiern. Auch das gehört zum SGB-Kongress dazu. work zeigt einige Schnappschüsse:

FOTOS : MONIQUE WITTWER

AUSGEZEICHNET! SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard gratuliert Preisträgerin Sandra Künzi. FOTO: MONIQUE WITTWER

SGB-Kulturpreis geht an work-Frauenstreik-Kolumnistin

Sandra Künzi, die Erste

Slam-Poetin Sandra Künzi stimmte zum grossen Frauenstreik ein und navigierte die Kulturszene durch die Coronakrise. Jetzt erhält sie den Kulturpreis der Gewerkschaften.

Seit vielen Jahren verleiht der SGB einen Preis an Kulturschaffende, die sich besonders verdient gemacht haben um die Arbeitswelt und die Gewerkschaftsbewegung. An diesem Kongress ging die Auszeichnung an die Slam-Poetin, Anwältin, Gewerkschafterin und work-Frauenstreik-Kolumnistin Sandra Künzi. Die Preisrede hielt Slam-Poet und Schriftsteller Etrit Hasler. work dokumentiert seine Laudatio in stark gekürzter Form. In ganzer Länge ist sie auf **workzeitung.ch** zu lesen, wo es auch alle Kolumnen von Sandra Künzi gibt.

«Geschätzte Damen und Herren Genossinnen, Genossen und Gesinnungsspione, geschätzte Beiwohnende, Besitzerinnen, Sitzfleischgehärtete und andere Büroweicheier, geschätzte Kolleginnen und Kollegen aller möglichen Berufgattungen, Gattinnen und Gattungslieberhaber:innen, meine äusserst hochgeschätztesten höchstwohllöblichsten einzigartigen eigens für diesen ganz allarbeitstäglichen Freitag hier zusammengekommenen Damen und Herren und Räte und Ratten und Rattenfänger und Fangschaltungen und überbeschallten und belichtungsprivilegierten und unterprivatisierten und sponsorenfreien und cumulusprozentanteilhabenden und wehrlosen wehrfähigen und pausenlos gebärfähigen friedfertigen und doch mit auf die Strasse gehenden vereinten Vereinsmitglieder sowie ihre funktionierenden Funktionäre aller Branchen, Kantone und Regionen.

Etrit Hasler. FOTO: ZVG

Wir sind heute hier zusammengekommen, um etwas zu tun, was der Schweizer Gewerkschaftsbund relativ selten tut: Personen für irgendetwas anderes zu ehren ausser für ihre Arbeit, nachdem man sogar den Rechsteiner Paul nach zwanzig Jahren einfach hat ziehen lassen, ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, dass wohl kaum einer so viel für die Ehrenrettung des Schnauzes beigetragen hatte wie er, **so hat der SGB wenigstens mit der heutigen Ehrung die Gelegenheit nicht verpasst, eine Stilikone zu ehren für ihren jahrelangen Einsatz, die rote Trainerhose mit Blazer als neue Businessuniform zu etablieren.**

Nein, aber im Ernst: Fangen wir noch kurz beim Grundlegenden an: Wer ist Sandra Künzi, und unter welchem Stein müsste ich gelebt haben, wenn ich in diesen Minuten diesen Namen zum ersten Mal hörte?

Geboren 1969 im Schwyzer Kaff Schübelbach. **Aber zum Glück bald vor einer Hilflosigkeit versprechenden Karriere als Primarlehrerin nach Bern geflüchtet, bezeichnet sich Sandra Künzi heute als ein Mitglied der ersten Generation des Schweizer Poetry-Slams in der Schweiz**, jener Kulturform also, die sich vor ein bisschen mehr als zwanzig Jahren in verrauchten Kellerclubs aufmachte, den Literaturbegriff im allgemeinen, die männlich geprägten Hierarchien und das Veranstaltungsformat der Lesung im speziellen ganz revolutionär von unten nach oben umzustürzen, herrschende Eliten zu entmachten, die Sprache zu befreien und ganz grundsätzlich saumässig viel Spass dabei zu haben und mindestens so viel Bier dazu zu trinken.

«Ohne dich und deine Arbeit hätten viele von uns keine mehr.»

Künzi streikt!

FOTO: YVES THOMI

Literaturhistorisch gesprochen ging dieser Versuch ‹uhuere i d Hose›. Was Poetry-Slam in den letzten zwanzig Jahren jedoch erreicht hat, ist das Folgende: Zumindest in der Deutschschweiz gibt es praktisch keine Comedians, Cabaretist:innen und Bühnenpoet:innen mehr, die nicht durch die Poetry-Slam-Szene professionalisiert, sozialisiert und nicht zuletzt arbeitstechnisch geprägt wurden.

Und Sandra war die Erste. Sie war die erste Schweizer Slam-Poetin überhaupt, die im Final einer deutschsprachigen Meisterschaft stand, als einzige Frau, als einzige Schweizerin. Sie legte den Boden für all jene, die nach ihr kamen. Und wenn Sie sich jetzt fragen, warum gehört denn Sandra Künzi nicht auch zu jenem erlauchten Kreis der aus Film, Fernsehen und plapprigen Diskussionsrunden bekannten Personen?

Die Antwort ist einfach: Weil sie Kulturarbeit eben als Arbeit ernst nimmt – und das schon seit Jahrzehnten. Während wir andere Slam-Poet:innen noch an den Afterparties herumsumpften und uns in unrealistischen Illusionen darüber ergingen, dass wir dereinst Millionen verdienen würden, hat sie gebüglet – und zwar richtig. So machte sie ihr Anwaltspatent und schlug sich mit Urheber- und Vertragsrecht herum, damit wir andere nicht mussten, damit wir jemanden hatten, den wir anrufen konnten, wenn wir eine Frage dazu hatten – und Fragen hatten wir. So viele, dass Sandra irgendwann bemerkte, dass es wahrscheinlich einfacher für sie wäre, wenn sie das Präsidium eines Berufsverbandes übernehmen würde.

Kein Wunder also, war sie dann auch zur Stelle, als die Schweizer Kulturbranche jemanden brauchte, die uns durch das wohl einschneidendste Ereignis ihrer Geschichte, die Covid-Pandemie und die damit verbundenen staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung ebendieser Pandemie, begleiten würde. Sandra Künzi war ab Tag 1 auf Platz, wie man das so schön militärisch formulierte in diesen absurden Tagen. Ihr Handy war die vielleicht effizienteste Kommunikationszentrale zwischen Bundesverwaltung, Verbänden, Gewerkschaften, Kulturschaffenden und Parlamentarier:innen.

Liebe Sandra: Die Schweizer Kultur hat in den letzten zweieinhalb Jahren eine Berg-und-Tal-Fahrt zusammen mitgemacht. Das Bewusstsein für die prekäre Situation der Kulturschaffenden wurde in einer Art geschärft, die wir zuvor für undenkbar gehalten hätten. Aber die Probleme sind noch längst nicht gelöst. Nicht zuletzt, weil wir immer und immer wieder erklären müssen, dass die Arbeit, die wir leisten, überhaupt Arbeit ist. Harte, anspruchsvolle Arbeit.

Du hast der WOZ während der Covid-Pandemie einmal gesagt, dass es eine vollkommen legitime Frage sei, ob es die eigene Arbeit überhaupt brauche. **Die vorliegende Auszeichnung ist eine unmissverständliche Antwort auf die Frage, wenn du dir sie selbst wieder einmal stellst. Und ein Dankeschön. Ja, es braucht deine Arbeit. Und ohne dich und deine Arbeit hätten viele von uns keine mehr.**

Brisanter Report: Schweiz ist Drehscheibe des globalen Kohlehandels

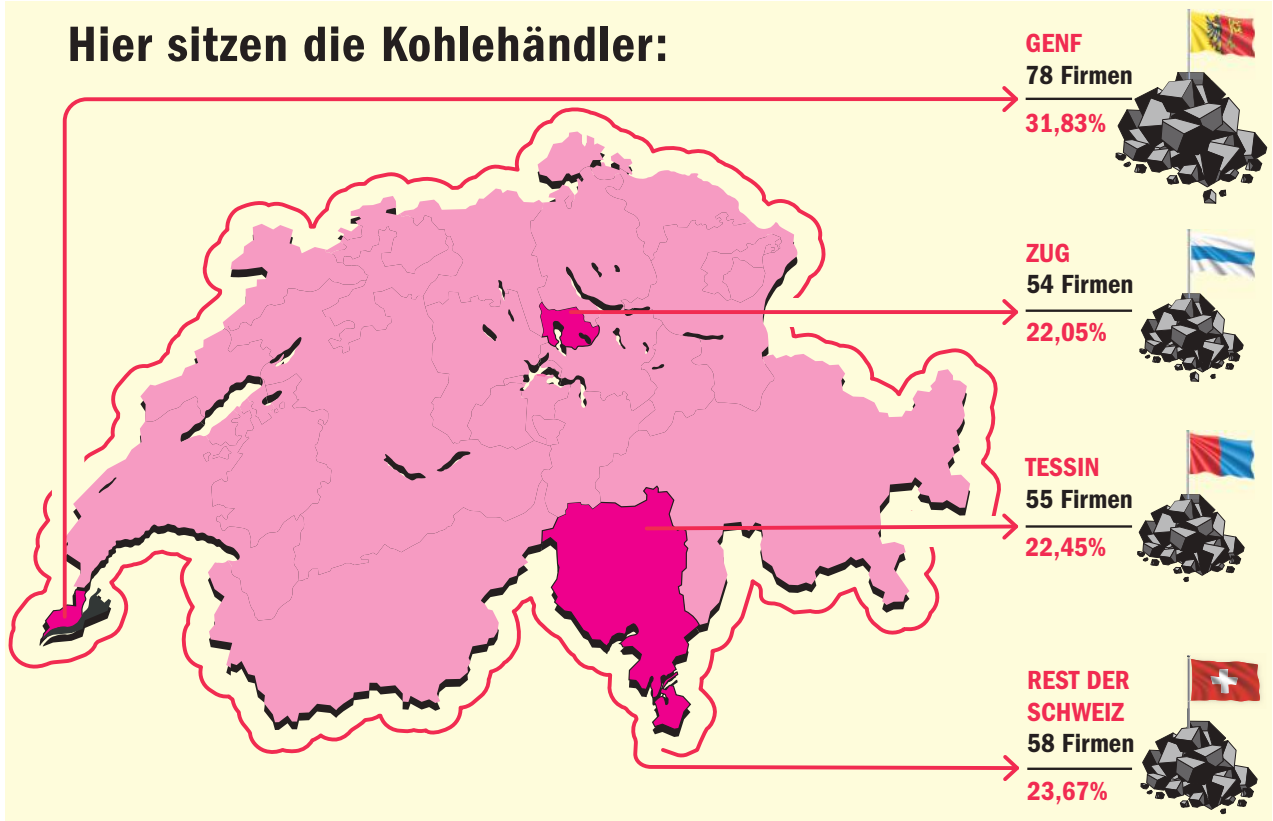
«Big Business» mit dem Klimakiller

Die klimaschädliche Kohle feiert ein Comeback. Mittendrin: Schweizer Banken und Rohstoffkonzerne mit Sitz in der Schweiz. Das zeigen neue Recherchen von Public Eye.

RALPH HUG

Eigentlich gibt's bei uns schon lange keine Kohleminen mehr. Die letzten machten nach dem Zweiten Weltkrieg dicht. Doch die Schweiz ist mitnichten ein Land ohne Kohle. Im Gegenteil: Sie steckt tief drin im globalen Business mit dem Klimakiller. Entgegen allen Erwartungen erlebt Kohle als Energieträger einen Boom. In ihrem neusten Bericht* schreibt die Nichtregierungsorganisation Public Eye: «Noch nie wurde so viel gefördert, gehandelt und verbraucht wie im Jahr 2022.»

Das irritiert. Schliesslich gehört der Kohleausstieg zu den wichtigsten Massnahmen im Kampf gegen den Klimawandel. Doch riesige Länder wie China und Indien, aber auch ärmere Staaten in Afrika und Südostasien gewinnen ihre Energie zu grossen Teilen aus Kohle. Denn: Er ist der billigste Rohstoff, den es gibt. Und auch in Europa wird nach wie vor massiv Kohle abgebaut. Etwa in Deutschland, wo der dreckige Rohstoff im vergangenen Jahr – trotz geplantem Kohleausstieg bis 2030 – noch immer über 27 Prozent der eingespeisten Strommenge ausmachte. Und jetzt, im Zuge des Ukrainekriegs, werden sogar bereits stillgelegte Werke wieder in Betrieb genommen.



IM «KOHLEDREIECK»: Die Schweiz beherbergt rund 245 Unternehmen, die eng mit der Produktion und dem Handel von Kohle verflochten sind. Die Mehrheit hat ihren Sitz im sogenannten Kohledreieck: Genf, Zug und Lugano. GRAFIK: PUBLIC EYE / FLAGGEN: ADOBE

SCHÄDLICHER ALS DIE USA

Ein klimapolitisches Desaster, an dem die Schweiz dick mitverdient. Die umfangreiche Recherche von Public Eye zeigt nun erstmals:

- **245 Firmen mit Sitz in der Schweiz** produzieren und vermarkten Kohle.
- Im Jahr 2021 haben diese Firmen weltweit **536 Millionen Tonnen Kohle** abgebaut.
- **40 Prozent des globalen Kohlehandels** laufen über die Schweiz.
- Schweizer Banken haben das Kohlebusiness von 2016 bis September 2022 mit **Krediten in der Höhe von 3,15 Milliarden** Franken finanziert.

Auch den ökologischen Schaden hat Public Eye berechnet: Die von den Unternehmen in der Schweiz geförderte Kohle verursacht jedes Jahr fast 5,4 Milliarden Tonnen CO_2. Mehr als die Emissionen, die die USA als einer der Hauptverursacher ausstossen!

40 Prozent des weltweiten Handels laufen über die kleine Schweiz.

HILFE VON SVP-POLITIKER

Und mittendrin: Glencore, mittlerweile der weltgrösste Kohleförderer. Der skandalumwitterte Bergbaukonzern mit Sitz in Baar ZG erwarb in der Vergangenheit 26 Kohleminen auf der ganzen Welt. Ex-Glencore-Chef Ivan Glasenberg spekulierte gegen den Trend, dass die Zeit der Kohle vorbei sei. Und hatte recht. Jetzt kassiert der Rohstoffkonzern mächtig ab. Glencore ist aber längst nicht allein. Vor allem russische Firmen liessen sich mehr und mehr in der Schweiz nieder. Darunter die Giganten Sibanthrazit und Suek. Letzterer ist die Nummer vier im Kohlebusiness und gehört dem Oligarchen Andrei Melnitschenko. Wegen seiner Nähe zu Russlands Präsident Putin steht er auf der Sanktionsliste der EU.

In der Schweiz jedoch bleiben Melnitschenko und seine Suek unbehelligt: Im Kanton Zug, wo das Unternehmen sitzt, hält der SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler seine schützende Hand über alle Rohstoff-Skandalfirmen. Und beim Bund sah das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) nichts Böses darin, als Melnitschenko seine Firmen rechtzeitig seiner Frau übertrug, um die EU-Sanktionen zu umgehen.

* Der Kohlebericht als Download und weitere Hintergrundinformationen sind auf **publiceye.ch** abrufbar. Darunter auch die Petition an den Bundesrat, den Handel mit klimaschädlicher Kohle in der Schweiz bis 2030 zu unterbinden.

Klimakatastrophe: CS finanziert mit

Die wichtigsten Firmen, die weltweit mit Kohle handeln, sitzen in Genf, Zug und Lugano. Public Eye nennt es das «Schweizer Kohledreieck». Und wenn es um Kredite fürs Kohlebusiness geht, sind die Schweizer Banken ganz vorne mit dabei. Allen voran die Dauerkrisenbank Credit Suisse (CS). Sie steht mit 1661 Krediten weit an der Spitze der Kohle-Geldgeber. Doch auch kleinere Banken wollen mitverdienen, etwa die Zürcher, Waadtländer und Genfer Kantonalbanken. Sie alle halten das Big Business um den Klimakiller Kohle am Laufen. (rh)

«Ausverkauft»

Podcast zum WM-Irrsinn

Zwar mehr schlecht als recht, aber sie läuft, die teuerste Fussball-WM der Geschichte. 220 Milliarden Dollar hat sie gekostet – das entspricht dem Bruttoinlandprodukt von Portugal. Knausrig waren die Katar-Scheichs schon vorher nicht. 2011 kauften sie den Fussballclub Paris Saint-Germain. 2017 schnappten sie sich den Brasilien-Stürmer Neymar – für 222 Millionen Euro, die höchste je gezahlte Ablösesumme. Hinter alldem steckt aber nicht einfach Grössenwahn, sondern politisches Kalkül. Mit Sport und Tourismus will sich das Emirat einen Platz auf der Weltkarte erobern, bevor seine Haupteinnahmequelle, das Öl, versiegt. Und damit ist Katar nicht allein. Das und den ganzen Irrsinn im Fussballbusiness erzählt der brillante Podcast «Ausverkauft» aus den Häusern Spiegel und Spotify.

Ausverkauft – Katar, der Fussball und das grosse Geld. Ein Spotify-Podcast mit acht Folgen à 40 Minuten: **rebrand.ly/ausverkauft.**

Polit Bibliothek Bern

Wo Debatten blühen

Seit 2016 organisiert der Verein Politische Bibliothek linke Vorträge, Debatten und Lesungen in Bern. Etwa zum tödlichen Migrationsregime Europas, zur Folter in Spaniens Gefängnissen oder zum blühenden Faschismus in Brasilien. Im letzten November hat die «Polit-Bib» endlich auch ein Zuhause gefunden – und zwar im Holligerhof 8, dem architektonischen und wohnpolitischen Vorzeigeprojekt der Genossenschaft Warmbächli. Seither bietet die Bibliothek über vierzig linke Zeitschriften an, dazu Hunderte Bücher über soziale Bewegungen sowie neu auch Brett- und Kartenspiele. Ein Bewegungsarchiv ist im Aufbau. Und immer am letzten Donnerstag im Monat lädt der Verein zu einer Buchbesprechung. Ein Abstecher lohnt sich!

Polit Bibliothek Bern, Holligerhof 8, Bern, Öffnungszeiten und Programm unter **polit-bibliothek.ch.**

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

DARUM IST DIE KONSUMSTIMMUNG SO SCHLECHT WIE NOCH NIE

Viele Arbeitende mit tieferen und mittleren Einkommen machen sich Sorgen, ob und wie lange sie mit ihrem Geld noch über die Runden kommen. Die Teuerung läuft den Löhnen davon, die Energiekosten steigen, und im nächsten Jahr kommt der Krankenkassenprämien-Schock. Kein Wunder, ist die Konsumentinnen- und Konsumentenstimmung in den Keller gefallen. Das zeigt die jüngste Umfrage des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco). Seit der ersten Erhebung Ende 1972 haben die Haushalte ihre finanzielle Lage noch nie so pessimistisch beurteilt wie heute.

Tatsächlich hat sich die finanzielle Lage der Haushalte seit den 1970er Jahren fortwährend eingetrübt. Dies zeigt die Grafik rechts. Die rote Line stellt das 10-Jahres-Mittel der Umfrage dar. Sie bewegt sich sukzessive abwärts – mit einem vorübergehenden Ausschlag gegen unten in den 1990er Jahren, als die lange Stagnation der Löhne und die hohe Arbeitslosigkeit grössere soziale Probleme verursachte. Was sind die Gründe für diese graduelle Verschlechterung?

Die Grafik zeigt klar: Die 1990er Krise stellte ein Bruch dar. Die Arbeitslosigkeit schoss schnell und steil in die Höhe. Bis die Zahl der Arbeitslosen zehn Mal höher war als in den 1980er Jahren. Erst mit dem Aufschwung 1997 wurde es etwas besser. Doch auch heute sind in der Schweiz über 4 Prozent der Erwerbspersonen ohne Job. Das sind mehr als 200 000 Menschen.

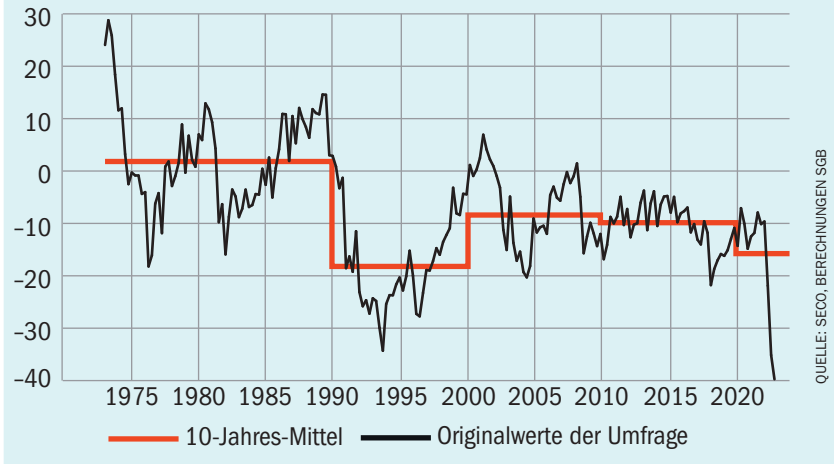
WACHSENDE LOHNSCHERE. Ein grosses Problem sind zudem die Kopfprämien bei der Krankenkasse. In den 1990er Jahren hat der Bundesrat zwar versprochen, dass die Krankenkasse niemanden mehr als 8 Prozent des Einkommens kosten werde. Doch Bund und Kantone sparten bei den Prämienverbilligungen. Heute müssen gewisse Haushalte 14 Prozent und mehr für die Krankenkassenprämien ausgeben. Auch der Druck auf die Sozialleistungen belastet die Haushalte finanziell. Die rechten Parlamentsmehrheiten, die den Arbeitgebern nahestehen, haben die Leistungen der Arbeitslosen- und der Invalidenversicherung gekürzt. Die AHV-Renten wurden nur teilweise an die Wirtschaftsentwicklung angepasst, während die Pensionskassenrenten im Durchschnitt sogar sinken.

Und nicht zuletzt ist die Lohnschere ein Problem: Die Top-Einkommen haben seit den 1990er Jahren stärker zugelegt als der Rest. Positiv ist aber, dass die unteren und mittleren Löhne dank der aktiven gewerkschaftlichen Lohnpolitik ebenfalls stiegen. Nur leider nicht so stark, wie es möglich gewesen wäre, wenn Kader und Top-Verdiener bescheidener gewesen wären.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Getrübte Konsumstimmung

Beurteilung der finanziellen Lage gemäss Seco-Umfrage bei Privathaushalten (saisonbereinigt)



Onlinekurs

Sexuelle Gewalt im Job

Fast jede dritte Frau wird im Lauf ihres Erwerbslebens am Arbeitsplatz sexuell belästigt. Für Betroffene haben die Übergriffe oft gravierende und langanhaltende Konsequenzen. Meist aber nicht für die Täter. Doch es gibt Möglichkeiten, sich zu schützen und zu wehren! Wie, zeigt jetzt ein Onlinekurs der Unia und anderer Gewerkschaften. Expertinnen erklären zudem, wie man sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz erkennt. Und was das Gesetz dazu sagt. Der Kurs ist Teil der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen», die noch bis am 10. Dezember dauert.

Onlinekurs **Sexualisierte Gewalt am Arbeitsplatz,** Donnerstag, 8. Dezember, 19.30 bis 21 Uhr. Anmelden unter **rebrand.ly/onlinekurs.**

Einen Unia-Ratgeber zum Thema gibt es unter **rebrand.ly/unia-ratgeber.**

Das ganze Kampagnenprogramm unter **16tage.ch.**

Das offene Ohr

Nicole Debrunner
von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Unregelmässige Anstellungen: Warum erhalte ich weniger Arbeitslosengeld?

Ich bin von Beruf Schauspieler. Das bringt es mit sich, dass ich immer mal wieder zeitlich begrenzt für eine Produktion gebucht werde, dazwischen aber auch oftmals ohne Beschäftigung bin. Folglich muss ich regelmässig Arbeitslosenentschädigung beziehen. Bei jeder Anmeldung wird mir von der Arbeitslosenkasse jeweils ein Tag nicht bezahlt, obwohl ich die allgemeinen Wartetage bereits bestanden habe. Ist das korrekt?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Aufgrund Ihres Berufes haben Sie neben den fünf allgemeinen Wartetagen, die einmalig bei Beginn der Rahmenfrist gelten, jeweils zusätzlich einen besonderen Wartetag bei jeder Neuanmeldung innerhalb der laufenden Rahmenfrist. Dieser gilt für Personen, die nach einer Saisontätigkeit oder – wie bei Ihnen – nach einer Tätigkeit in einem Beruf, in dem häufig wechselnde oder befristete Anstellungen üblich sind, arbeitslos werden. Als solche Berufe gelten etwa Musikerin, Schauspieler, Artistin sowie Journalistin oder Journalist. Demgegenüber gilt bei Temporärarbeitenden, Aushilfen und Beschäftigten bei Arbeit auf Abruf keine besondere Wartezeit, sofern sie nicht in einem der erwähnten Berufe tätig sind. Die besondere Wartezeit kann allerdings entfallen, wenn zum Beispiel das Arbeitsverhältnis ohne Unterbruch mindestens ein Jahr gedauert hat oder aus wirtschaftlichen Gründen vorzeitig aufgelöst wird.

IN DER SCHWEBE: Wer als Artistin oder Schauspieler arbeitet, weiss oft nicht, wann der nächste Job kommt. FOTO: ISTOCK

Arbeitslos nach dem Schulabschluss: Wie lange muss ich auf Taggelder warten?

Endlich bin ich mit der obligatorischen Schulzeit fertig. Da ich aber leider im Anschluss keine Lehrstelle gefunden habe und auch keine weiterführende Schule besuchen möchte, habe ich mich arbeitslos gemeldet. Nun hat mir die Arbeitslosenkasse mitgeteilt, dass ich erst 120 Tage nach meiner Anmeldung Leistungen beziehen könne. Kann das sein?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Sie haben sich unmittelbar nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit arbeitslos gemeldet. Dadurch profitieren Sie zwar von der Befreiung von der Erfüllung der Beitragszeit, was heisst, dass Sie in den letzten zwei Jahren nicht mindestens 12 Monate gearbeitet haben müssen, um Leistungen zu erhalten. Dasselbe gilt auch für alle, die sich nach einer Umschulung oder Weiterbildung arbeitslos melden. Allerdings gilt unabhängig von Alter oder Unterhaltspflichten eine besondere Wartezeit von 120 Tagen. Der versicherte Verdienst wird anhand einer Pauschale bestimmt. Die Pflicht zur Stellensuche trifft Sie bereits vor Schulabschluss.
Als besondere Wartezeit gelten ausserdem nur diejenigen Tage, an denen die gesetzlichen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind. Weil dies bedeutet, dass Sie während fünf Monaten keine finanzielle Unterstützung erhalten, ist es von Vorteil, sich direkt nach dem Schulabschluss bei der Arbeitslosenversicherung anzumelden.

Das Kursprogramm von Movendo 2023: Weiterbildung bringt Sie weiter!

Ein paar Trümpfe mehr im Ärmel

Auch nächstes Jahr bietet Movendo, das Bildungsinstitut der Gewerkschaften, ein attraktives Weiterbildungsprogramm. Für Unia-Mitglieder ist der Besuch eines Kurses pro Jahr kostenlos.

MARTIN JAKOB

In manchen Gesamtarbeitsverträgen ist das Recht, Bildungsurlaub zu beziehen, ausdrücklich festgehalten*. Und als Mitglied der Unia erhalten Sie ausserdem jedes Jahr die Kosten eines Movendo-Kurses bezahlt. Wäre richtig schade, davon keinen Gebrauch zu machen. Zumal eine Weiterbildung Ihren Horizont erweitert und Ihnen neue Kompetenzen einbringt. Denn in der anspruchsvollen Welt von heute ist es immer gut, einen Trumpf mehr im Ärmel zu haben. Wonach steht Ihnen die Lust? Wählen Sie aus, welche Ihrer Fähigkeiten Sie ausbauen wollen:

DURCHBLICK GEWINNEN
«Die da oben machen doch, was sie wollen.» Ja, das tun sie am liebsten. Wenn man sie lässt. Aber soll man sie lassen? Lieber nicht. Die Mächtigen sagen zwar stets, sie wollten unser Bestes. Aber das möchten wir doch genauer wissen – und dann mitreden können. Das Wissen dazu vermitteln die Movendo-Kurse in Politik, Wirtschaft und Sozialversicherungen. Zum Beispiel im Zweitageskurs «Politische Zusammenhänge verstehen» (u.a. mit Nationalrätin Tamara Funiciello). Oder im Tageskurs «Wirtschaftspolitik für Arbeitnehmende» mit SGB-Ökonom David Gallusser.

SICH BEHAUPTEN
Verdattert sitzen Sie in der Diskussionsrunde. Sie hätten ein gutes Argument ins Feld zu führen, aber ist jetzt der richtige Moment dafür? Und wie wollen Sie es formulieren? Oder Sie finden, eine Lohnerhöhung wäre fällig. Wie steigen Sie in die Verhandlung ein? Gewinnend und überzeugend kommunizieren lässt sich lernen. Die meisten Vorgesetzten haben in Kaderkursen ihre Rhetorik und die Psychologie erfolgreicher Gesprächsführung gelernt. Sorgen Sie für gleich lange Spiesse! Ein ganzes Dutzend Movendo-Kurse ist dem Thema Kommunikation gewidmet. Die Titel sprechen für sich: «Selbstsicheres Auftreten», «Überzeugend auftreten als Frau», «Argumentieren – überzeugen – gewinnen» oder auch «Meine Anliegen am Arbeitsplatz durchsetzen».

DIE EIGENEN RECHTE KENNEN
Das Verhältnis zwischen Mitarbeitenden und Firma ist vielschichtig, die Interessen sind unterschiedlich. Was darf die Firma, und wie steht's um Ihre Rechte? Und: Wie bleiben Sie trotz Arbeitsbelastung gesund? Antworten darauf geben die Movendo-Kurse zum Thema Arbeit und Recht. Zum Beispiel im Eintageskurs «Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt».

ARBEITSTECHNISCH À JOUR
Haben Sie in Ihrem E-Mail die richtigen Worte gewählt? Kommt zum Ausdruck, worum es Ihnen geht? Gutes und flüssiges Schreiben ist im Berufsalltag nützlich und schafft Ihnen Vorteile. Und auch die Arbeit mit Word, Excel, Outlook und Powerpoint geht Ihnen viel leichter von der Hand, wenn Sie in der Handhabung dieser Office-Programme sattelfest sind. Die Kurse zum Thema Arbeitsinstrumente zählen zu den Klassikern im Movendo-Angebot. Sie reichen vom dreitägigen Einsteigerkurs in Word und Excel bis zu Aufbaukursen für Personen, die bereits über gute Grundkenntnisse verfügen. Und für den schriftlichen Ausdruck bietet Movendo neben dem Kurs «Schreiben leicht(er) gemacht» auch eine «Kreative Schreibwerkstatt» für jene, die ihrem Stil eine professionellere Note geben wollen.

Beherrschen Sie Excel, statt sich von Excel beherrschen zu lassen.

ZU SICH FINDEN
Ein gutes Selbstmanagement zahlt sich auf Dauer aus. Ihre Umwelt wandelt sich, Ihre Lebensumstände und Sie selbst verändern sich im Laufe der Zeit. Sich selbst dann und wann zu hinterfragen, Gewohnheiten und Haltungen zu überprüfen ist deshalb sinnvoll. Das lässt Sie Klarheit über Ihre Situation gewinnen und neue Chancen erkennen – manchmal auch dort, wo Sie bisher nur Probleme sahen.

Entdecken Sie Chancen, wo Sie bisher nur Probleme sahen.

Dafür gibt es die Movendo-Kurse, die sich den Themen Zusammenarbeit und Lebensgestaltung widmen. Zum Beispiel «Zielorientiert in die Zukunft» und «Burnout erkennen und vorbeugen» oder als neue Angebote die Kurse «Der Arbeitsmarkt, mein Lebenslauf und ich» sowie «Basiswissen Schlaf».

FIT FÜR GEWERKSCHAFTSARBEIT
Wer für die Gewerkschaft eine Funktion übernimmt, soll für die Aufgaben, die damit verbunden sind, auch genügend gerüstet sein. Dafür sorgen die Kurse für Vertrauensleute, für Personalvertretungen und für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen.

Den Grundstock an Kompetenzen für diese Funktionen eignen sich Gewerkschaftsaktive in Basiskursen an. Mitglieder von Stiftungsräten vertiefen ihr Wissen in einem Aufbaukurs. Und Vertrauensleute sowie Personalvertretungen können sich für unterschiedliche Vertiefungen entscheiden. Je 15 verschiedene Kurse stehen für beide Gruppen zur Wahl. Vertrauensleute lernen zum Beispiel erfolgreich verhandeln und Sitzungen leiten, oder sie blicken über den Tellerrand der eigenen Firma hinaus im Kurs «Weltweit verbunden – lokal verankert: Neue Ideen aus aktuellen Bewegungen». Personalvertretungen setzen sich mit digitaler Überwachung am Arbeitsplatz auseinander, befassen sich mit Lohngleichheitsanalysen oder üben sich in der Beratung von Kolleginnen und Kollegen in schwierigen Situationen.

Lernen Sie erfolgreich verhandeln und Sitzungen leiten.

MOVENDO

SCHLAUMACHEN: Eine Movendo-Weiterbildung vermittelt Ihnen neue Kompetenzen und macht Lernen zur Freude. FOTO: GETTY

WORKTIPP

WÄHLEN, BUCHEN, BESUCHEN

Das Movendo-Jahresprogramm 2023 wird Unia-Mitgliedern als Broschüre zugestellt und ist online auf **movendo.ch** zu finden. Anmelden können Sie sich telefonisch, per E-Mail, per Talon oder online. Sobald Ihre Anmeldung eingegangen ist, klärt Movendo mit der Unia die Kostenübernahme ab und informiert Sie anschliessend, zu welchen Konditionen Sie den Kurs besuchen können. Möchten Sie in einem Jahr mehrere Kurse belegen, gilt für Unia-Mitglieder ein vergünstigter Tarif. Die Webinare (Online-Kurzkurse) sind kostenlos.

* Alle Gesamtarbeitsverträge finden Sie gesammelt unter: **gav-service.ch.**

EIN KIND DER KRISE

GRATIS-WEBINARE

Die Pandemiejahre 2020 und 2021 bescherten Movendo wie allen Anbietern von Erwachsenenbildung empfindliche Einbussen. Weil phasenweise kein Gruppenunterricht vor Ort erlaubt war, konnten viele Kurse nicht durchgeführt werden. Dieses Jahr hat sich die Lage weitgehend normalisiert. Institutsleiter Michael Herzka sagt: «2019 war ein absolutes Rekordjahr für Movendo. Die damalige Anzahl besuchter Kurstage werden wir 2022 noch nicht erreichen. Aber ans 2018 werden wir anknüpfen und damit die gesetzten Ziele erreichen können.»

ZUM FRAUENSTREIK. Als Corona die Pläne durchkreuzte, modelte Movendo zum einen gewisse Kurse auf Online-Durchführung um. Zum andern schuf das Team um Michael Herzka eine neue Angebotsschiene: die Webinare. Diese Online-Veranstaltungen dauern eine bis vier Stunden, widmen sich aktuellen Themen, stehen allen Interessierten offen und sind kostenlos. Vor der AHV-Abstimmung in diesem Herbst bot Movendo gleich eine neunteilige Webinar-Serie an. Und dieses Jahr, sagt Herzka, werde es ein Webinar-Angebot zum Frauenstreik geben. Neue Webinare werden über die Gewerkschaften angekündigt sowie auf **movendo.ch.** (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

So schauen Sie beim TV-Kauf nicht in die Röhre

Wer ein neues TV-Gerät kaufen will, muss sich mit vielen Fachbegriffen herumschlagen. Für ein gutes Fernsehbild sollten Sie für sich folgende Fragen beantworten:

FULL-HD ODER 4 K? Full-HD ist bei den meisten Fernsehsendern die Standard-Bildschirmauflösung und soll scharfe Bilder liefern. Auch die meisten Blu-Ray-Filme basieren auf der Full-HD-Technik. Einige Streamingportale wie Netflix, Amazon Prime und Disney+ senden die Signale wiederum in der höheren 4 K-Auflösung. Damit ist das Bild auch aus nächster Nähe noch scharf.
Auch wenn Sie diese Auflösung nicht brauchen, sollten Sie einen 4 K-Fernseher kaufen. Erstens kann das Gerät Filme mit geringerer Auflösung auf 4 K «hochrechnen». Dies nennt sich «Upscaling». Damit wird die Bildschärfe etwas erhöht. Zweitens verbessern auch andere technische Eigenschaften solcher Geräte das Bild. Zum Beispiel verfügen neuere 4 K-Fernseher über HDR. Das steht für «High Dynamic Range» und ist eine Technologie, die für stärkere Kontraste und mehr Farbnuancen sorgt. Das Bild wirkt realistischer, und die Farben wirken tiefer.
Ebenfalls oft im Laden zu finden sind TV-Apparate mit der Auflösung UHD. Diese ist praktisch identisch mit 4 K.

SCHARFES BILD: TV mit 4 K-Auflösung. FOTO: ADOBE STOCK

LED ODER OLED? Diese Begriffe stehen für die Technik, mit der das Bild hergestellt wird. OLED-Geräte können schwarze Bildbereiche dunkler darstellen als LED. Daher wirkt das Bild kontrastreicher. Andererseits wirken grössere weisse Flächen bei OLED oft weniger hell als bei LED. Eine dritte Variante ist QLED: Fernseher mit dieser Technologie fallen mit einem besonders hellen Bild auf.
Preislich sind Fernseher mit LED günstiger als jene mit dem weiterentwickelten OLED.
Falls Sie beim TV-Kauf dem Begriff LCD begegnen: Dieser bedeutet bei den meisten aktuellen TV-Geräten dasselbe wie LED.

OLED macht schwarze Bildbereiche richtig schwarz.

MARC MAIR-NOACK

Was können Sie tun, wenn Ihnen eine Mietzinserhöhung ins Haus flattert?

Die Begründung muss korrekt sein

Vermieterinnen und Vermieter haben viele Hebel, um höhere Mietzinsen geltend zu machen. work nennt drei, mit denen Sie nächstes Jahr rechnen müssen.

MARTIN JAKOB

REFERENZZINSSATZ. Dieser wird vom Bund vierteljährlich errechnet und gibt an, was die Schweizer Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer durchschnittlich für ihre Hypothekarschulden bezahlen. Solange die Zinssätze unter 5 Prozent liegen, dürfen die Nettomietzinse für jedes Viertelprozent, um das der Referenzzinssatz steigt, um 3 Prozent angehoben werden. Sinkt der Zinssatz dagegen, haben Mieterinnen und Mieter das Recht auf eine Senkung in gleicher Höhe. Das Gemeine dran: Für die Vermieter besteht keine Pflicht, die Senkung von sich aus weiterzugeben. Falls sie dies unterlassen, müssen die Mietparteien selber aktiv werden und die Zinsreduktion auf den nächsten Kündigungstermin schriftlich verlangen.
Das sollten Sie tun: Prüfen Sie, auf welchem Referenzzinssatz Ihre Miete derzeit beruht. Das steht in Ihrem ursprünglichen Mietvertrag oder im Dokument, mit dem Ihnen die letzte Mietzinsänderung mitgeteilt worden ist. Falls der dort festgehaltene Referenzzinssatz gleich hoch liegt wie der neu geltende, darf eine Mietzinserhöhung nicht mit dem Anstieg dieses Zinssatzes begründet werden. Das gilt auch, falls der für Ihren Vertrag geltende Referenzzinssatz höher liegt. Dann können Sie die Erhöhung sogar zum Anlass nehmen, um eine Senkung zu verlangen.

TEUERUNG. Während die Inflation für viele Konsumentinnen und Konsumenten Einbussen bringt, haben es die Wohneigentümer gut. Sie dürfen die Mietpreise anheben, um «die Teuerung auf dem risikotragenden Kapital auszugleichen». Und zwar im Umfang von 40 Prozent des Indexanstiegs seit der letzten Anpassung des Mietzinses. Ist der Landesindex der Konsumentenpreise zum Beispiel um 3 Prozent nach oben geklettert, ist eine Erhöhung des Nettomietzinses um 1,2 Prozent erlaubt.
Das sollten Sie tun: Steht im amtlichen Formular nur «Teuerungsausgleich» als Begründung, können Sie eine transparente Kalkulation der Erhöhung verlangen. Die Teuerung darf nur ab dem Datum der Vertragsschliessung oder der letzten Vertragsanpassung berechnet werden.

Bei Erhöhungsmeldungen sollten Sie genau hinschauen.

KOSTENSTEIGERUNG. Eine Mietzinserhöhung kann auch mit einer Kostensteigerung bei den Unterhaltskosten begründet sein. Dabei dürfen aber nur tatsächliche Kosten berücksichtigt werden, die nicht schon über die Nebenkosten abgerechnet werden, zum Beispiel ein höherer Aufwand für Wartungs- und Unterhaltsarbeiten. Und die Vermieter müssen die höheren Kosten auf Verlangen nachweisen. Bei Schlichtungsstellen und bei Gerichten gelten für allgemeine Kostensteigerungen je nach Umständen Pauschalansätze von 0,25 bis 1 Prozent als zulässig.
Das sollten Sie tun: Wird als Begründung für die Erhöhung angeführt, die allgemeinen Kosten seien gestiegen, können Sie Einblick in die Berechnungsgrundlagen verlangen.
Führen Vermieter mehrere Erhöhungsgründe gleichzeitig an, ist das zwar möglich. Prüfen Sie dann die Erhöhung aber umso genauer.

Siehe auch den Beitrag auf Seite 4.

FOTO: ADOBE STOCK

TEURER WOHNEN: Steigende Zinsen und Teuerung treiben die Mietpreise hoch.

ANFECHTUNG

ACHTUNG, FRISTEN!

Mietzinserhöhungen müssen mindestens 10 Tage vor Beginn der Kündigungsfrist bei Ihnen eintreffen und sind dann frühestens ab dem darauffolgenden Kündigungstermin wirksam. Sind Sie mit der Erhöhung nicht einverstanden, müssen Sie diese innert 30 Tagen ab Erhalt bei der Schlichtungsbehörde Ihres Wohnbezirks anfechten. Sind Sie Mitglied des Mieterinnen- und Mieterverbands, haben Sie Anrecht auf kostenlose Mietrechtsberatung. **mieterverband.ch**

Reka – Ihr Ferien- und Freizeitgeld

Rabatt inklusive

Die Unia gewährt Mitgliedern jedes Jahr Rabatt auf Reka-Geld im Wert von 500 Franken. Nutzen Sie diese Sparchance!

Jeweils aufs Jahresende hin finden Sie in Ihrer Mitgliederpost von der Unia auch den Einzahlungsschein für Reka. Sie erwerben damit ein Reka-Guthaben in Höhe von 500 Franken, ohne dafür den vollen Betrag zahlen zu müssen. Mit Reka-Checks oder der Reka-Card können Sie in der Schweiz bei Anbietern des öffentlichen Verkehrs, an Tankstellen, in Hotels, Restaurants, Reisebüros und Freizeitanbietern aller Art bezahlen.

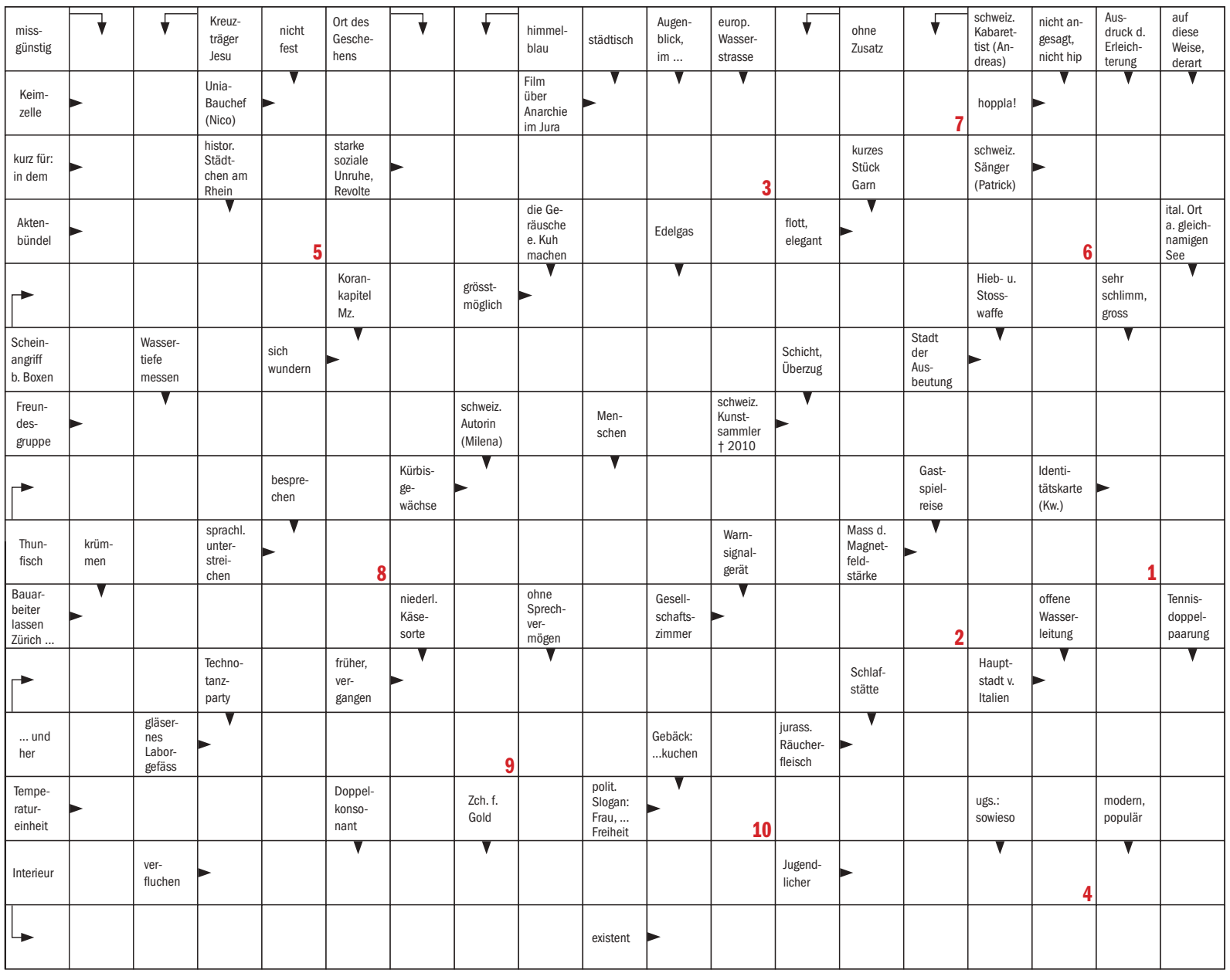
VORTEIL REKA-CARD. Die Reka-Card funktioniert wie die Debitkarte einer Bank oder von Postfinance. Sie eröffnen ein Reka-Konto, das Sie online verwalten können. Sie zahlen darauf ein, und der Einkauf mit der Reka-Card wird auf Ihrem Konto abgebucht. Ist das Guthaben aufgebraucht, können Sie via E-Banking Nachschub überweisen – und bekommen auf Ihre Einzahlung jeweils 2 Prozent Rabatt. Um Ihr Guthaben um 500 Franken aufzustocken, bezahlen Sie also nur 490 Franken. Die jährliche Kontoführungsgebühr beträgt 12 Franken – das Konto lohnt sich deshalb vor allem, wenn Sie die Reka-Card regelmässig nutzen. (jk)

Wie es funktioniert und wo Sie mit der Reka-Card bezahlen können: **www.reka.ch**

workrätsel Gewinnen Sie ein Apple iPad!

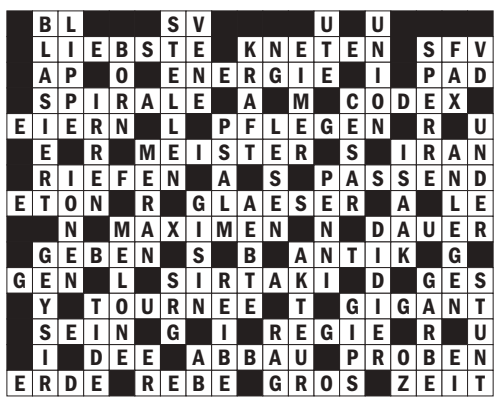
Ob Arbeit, Spielen oder Lernen: Mit dem von WAGNER AG offerierten Apple iPad (10,2», WiFi, 64 GB) im Wert von 359 Franken erledigen Sie alles ganz einfach – wo und wann immer Sie wollen.

WAGNER
IT | PROJEKTE | OUTSOURCING



1	2	3	4	5	6	7	8	9	10

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 19
Das Lösungswort lautete: LEBENSKOSTEN



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU, hat gewonnen: Niklaus Niederer, Staad SG. Herzlichen Glückwunsch!

Lösungswort einsenden an:
work, Postfach, 3000 Bern 16,
oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 9. Dezember 2022

INSERAT

WORKLESERFOTO

Mähähähä!

WANN 17. Oktober 2022
WO Oberbüren SG
WAS Zwei lustige Geissen beim Kloster St. Gallenberg
Eingesandt von Werner Schranz, Bütschwil SG

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST

Die Fussball-Weltmeisterschaft in Katar: Im Land der extremen Gegensätze

Hinter der glitzernden Skyline von Doha liegen Ausbeutung und Tod

Mit der Fussball-WM will sich Katar einen Platz auf der Weltkarte erobern. Ein pharaonisches Projekt. Rund 2,7 Millionen Arbeitsmigrantinnen und -migranten bezahlen dafür mit Ausbeutung. Und manche sogar mit dem Leben.

Die ganze Last der Ökonomie liegt auf den importierten Arbeitenden.

BEDUINEN-MONARCHIE

EDELTOURISMUS

Die WM zu viel: Fussball ist zur ir… Geldmaschine verkommen

WORK 19 / 18.11.2022: HINTER DER GLITZERNDEN SKYLINE VON DOHA LIEGEN AUSBEUTUNG UND TOD

Nie nach Katar

Darum werde ich nie in solchen Ländern wie Katar Ferien machen! Geschweige denn, dort Fussball schauen …

SABINE KELLER, VIA FACEBOOK

Fifa heuchelt!

Es wird wieder geschehen. Geld spricht eine andere Sprache. Die Fifa, die Uefa, das IOC – sie alle sind nur daran interessiert, wie sie ihr Konto füllen können. Dort muss man ansetzen und den Sport wieder in den Vordergrund setzen. Alles andere ist nur geheuchelt!

THOMAS ELMIGER, VIA FACEBOOK

WORK 19 / 18.11.2022: DIE BRIEFTRÄGERIN & DER RÜCKBLICK

Tolle Kolumne

Da wir alle jeden Werktag von den freundlichen Angestellten der Post bei Wind und Wetter, sei es heiss oder kalt, zuverlässig bedient werden, habe ich stets gerne die «Bärtschi-Post» gelesen. Nicht zuletzt, weil sie im Gegensatz zu einigen anderen Kolumnistinnen und Kolumnisten in träfen Worten etwas Relevantes zu sagen hatte. Mir ihr konnte man nachvollziehen, wie sich die postalische Betriebskultur im Laufe der Zeit nicht unbedingt zum Besseren gewandelt hat. Auch Gespräche mit Zustellerinnen und Zustellern, die man selten genug führen kann, tragen zum besseren Verständnis bei.
Auf der Konsumentenseite hat sich eine «Subito Schnäppchen»-Haltung entwickelt, die auf der Produzentenseite als falsch verstandener Service public zulasten der Mitarbeitenden nach Kräften gefördert wird. Alles natürlich unter dem Titel «Effizienz». Man muss ja im Konkurrenzkampf bestehen; koste es, was es wolle.
Aber ich möchte nicht ausschweifen, sondern Frau Bärtschi auf diesem Weg herzlich danken und ihr das Beste und einen erfüllten (Un-)Ruhestand wünschen!

HEINZ ABLER, WINTERTHUR

WORK 19 / 18.11.2022: «ICH FÜHLTE MICH ALS GRATIS-PUTZKRAFT AUSGENUTZT!»

Merci, Unia!

Gut gemacht, auf Rechtsauskunft basiert, das Zustehende einfordern. Nicht jede(r) hier ist zu so einem Vorgehen in der Lage. Dank an die Unia. Meine Frau (auch aus Thailand) ist hier im Norden schon fast 20 Jahre in der für sie zuständigen Gewerkschaft. Beste Erfahrungen damit. Lob an euch.

HANS-JÜRGEN WALDOW, VIA WORKZEITUNG.CH

Unglaublich geizig

Von den Reichen lernt man sparen – inklusive Geiz.

PETER MIKSCH, VIA FACEBOOK

Pfui, Andreas Caminada

Eine Sauerei. Aber leider in der heutigen Zeit gang und gäbe. Und in den Medien lässt sich der Starkoch Andreas Caminada gerne feiern!

ROSA WILDHABER, VIA FACEBOOK

Nur Fassade

Hauptsache, die Fassade glänzt.

PETER RÜFENACHT, VIA FACEBOOK

Leider Usus

Diese Ausbeutung muss aufhören, aber leider ist das so Usus.

USCHI HUBER, VIA FACEBOOK

WORK 19 / 18.11.2022: «WAS SOLL ICH MIT DEN PAAR FRÄNKLI?»

So nicht, Coop

Die in der Teppichetage von Coop bereichern sich, und die Mitarbeitenden, die den ganzen Tag schuften, werden getreten.

ELISABETH GRÄDEL, VIA FACEBOOK

Schluss damit!

Und jetzt: Streik!

REMO A. PETER, VIA FACEBOOK

WORK 19 / 18.11.2022: «DIE ERSTEN ANGRIFFE SIND VOM TISCH»

Unersättliche Baumeister

Ein Trauerspiel, was sich da jeden Herbst abspielt! Landauf, landab wird gebaut, als würde Bauen ab dem nächsten Jahr verboten. Sechs-Tage-Wochen auf Baustellen gehören längst zur Normalität. Und trotz übervollen Auftragsbüchern und hervorragenden Zukunftsaussichten können die Baumeister den Hals nicht voll genug kriegen! Ein Trauerspiel, das auf dem Buckel – und dem Portemonnaie – der Büezer ausgetragen wird. Danke, Nico, für deinen unermüdlichen Einsatz und viel Erfolg bei den Verhandlungen!

ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**

ANITA DÄNZER

IMMER IN BEWEGUNG

Sport spielt eine wichtige Rolle im Leben von Anita Dänzer. In ihrer Freizeit geht sie im Sommer wandern und im Winter auf die Skipiste, am liebsten in Adelboden oder am Hasliberg. Zwischendurch zieht sie auch die Joggingschuhe an. Ihr Motto: «Abends muss ich müde sein.» Daneben liest sie gerne, am liebsten Krimis oder Bücher, in denen Menschen und ihre Lebensgeschichten im Mittelpunkt stehen.

ABWECHSLUNG. Am Abend und am Wochenende trifft sie sich mit Freundinnen und Freunden, unternimmt Ausflüge oder ist auch einfach mal gerne zu Hause in Frutigen. Wie im Beruf ist ihr auch in der Freizeit Abwechslung wichtig. «Sonst wird es langweilig.»

Logistikerin **Anita Dänzer (27)** krempelt in der Solar-Fabrik die Ärmel hoch

«Mich bringt wenig aus der Ruhe»

Anita Dänzer verlädt jeden Tag tonnenweise Solarpanels. Und freut sich darüber, dass sie am Abend ausgepowert nach Hause kommt.

HEIDI SCHWAIGER | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

In der grossen, hellen Halle stapeln sich die Palette. Der Hallenkran brummt und schleppt Metallrinnen zur Laderampe, wo bereits ein Lastwagen mit offener Hecktüre wartet. Ein kühler Luftzug weht durchs offene Rolltor, ein Gabelstapler fährt vorbei. Mittendrin: Anita Dänzer. Sie krempelt die Ärmel hoch und hilft mit, die Fracht sicher in den Lastwagen zu laden. Hier, in dem modernen Glasgebäude im Industriegebiet von Gwatt am Thunersee, werden Solarmodule produziert und in der ganzen Schweiz vertrieben. An Spitzentagen 1500 Stück. «Wir füllen bis zu drei Lastwagen pro Tag, das sind fast hundert Tonnen Material», sagt die 27jährige.

Seit Juli arbeitet die junge Frau mit den leuchtend rot gefärbten Haaren bei 3 S Swiss Solar Solutions, einem Hersteller von Solarpanels und -systemen. Ihr Arbeitstag beginnt um 6 Uhr 15 und endet – je nach Arbeitsvolumen – manchmal erst um 16 oder 17 Uhr. Überstunden kann sie kompensieren oder sich ausbezahlen lassen. Wenn es geht, macht sie ab und zu früher Feierabend – aber ja: «Wir haben viel zu tun.» Das verwundert nicht. Die Solarbranche boomt, die Nachfrage nach erneuerbaren Energien geht seit Anfang Jahr durch die Decke. Trotzdem wird beim Logistikteam gelacht und gescherzt. Anita Dänzer lächelt und sagt: «Mich bringt wenig aus der Ruhe.»

WIE DER VATER. Nach einer Lehre und insgesamt elf Jahren bei Volg und Landi hatte Dänzer genug vom Detailhandel und wollte etwas Neues machen. Zur Stelle bei 3 S kam sie durch ihren Vater; er arbeitet dort seit zwei Jahren, ebenfalls als Logistiker. Am Job gefalle ihr die Abwechslung, sagt sie: «Ich habe mit Leuten zu tun, arbeite körperlich und mit dem Kopf.» Kein Tag sei wie der andere, auch wenn es letztlich immer darum gehe, Solarpanels, Halterungen und Wasserablaufrinnen, die unter den Panels auf dem Dach befestigt werden, zusammenzustellen und zu verladen. Insgesamt sei es ruhiger als im Detailhandel, da sie keinen Kundenkontakt habe. Ausserdem schätzt die Berner Oberländerin die geregelten Arbeitszeiten und die freien Wochenenden.

FRAU UNTER MÄNNERN. Die meisten Arbeiten verrichtet Anita Dänzer im Stehen; beispielsweise, wenn sie Gummidichtungen in Wasserrinnen drückt, meterlang, manchmal stundenlang. Oder, wenn sie Panels umschichtet, immer zwei aufs Mal, 36 Kilo pro Arbeitsgang. Dafür brauche es eigentlich zwei Personen. «Wir helfen einander. Ich mache es aber auch alleine, wenn gerade niemand da ist», sagt sie. Kein Zweifel: Anita Dänzer packt gerne an, mit dreckigen Händen hat sie kein Problem. Sie schätzt es, wenn sie am Abend müde nach Hause kommt. «Ich bin ein Bewegungsmensch.» Und mit einem Zwinkern fügt sie hinzu: «Wenn mir die Arbeit zu wenig anstrengend wäre, müsste ich abends noch joggen gehen.»

Die Logistik ist eine Männerwelt, das ist auch bei 3 S nicht anders. Anita Dänzer ist die einzige Frau unter sechs Männern. Das stört sie keineswegs. Selbstbewusst sagt sie: «Ich mache meine Arbeit sehr gut und drücke mich nicht.» Klar, in diesem Job müsse man gerne anpacken und seine Kraft einsetzen. In ihrem Männerteam fühlt sie sich akzeptiert und gehört dazu. Auch ihre Mutter und ihre Cousine arbeiten als Logistikerinnen, bereits als Kind hat die Frutigerin auf dem Bauernhof ihrer Grosseltern mit angepackt.

Natürlich gibt es auch Dinge, die sie weniger gern macht: Büroarbeit zum Beispiel. Oder Glas mit dem Stapler abladen. «Bisher ist aber noch nichts zu Bruch gegangen», sagt sie und grinst. Ihr Vorteil sei sicher, dass sie bereits bei der Landi den Gabelstapler-Fahrausweis gemacht habe, bevor sie als Logistikerin angefangen habe. In der Tat flitzt sie mit dem Elektrostapler routiniert und flink durch die Gänge und ist nicht um einen Spruch verlegen, sobald sie einen ihrer Mitstreiter erspäht.

GRILLPLAUSCH. Dass ihr neuer Arbeitgeber im Bereich erneuerbare Energien tätig ist, findet sie eine gute Sache. Solarenergie sei die Zukunft, sie freue sich, dass die Nachfrage nach dieser so stark sei. «Zudem sind die Leute cool, es arbeiten viele Junge hier.» Freitagabends nach der Arbeit grilliert sie manchmal noch mit ihren Arbeitskollegen und -kolleginnen.

Aufs eigene Dach kann sie keine Solarzellen montieren lassen – sie lebt in einer Mietwohnung. Im Alltag fährt sie wenn immer Velo statt Auto, aber sonst bezeichnet sich Anita Dänzer nicht als besonders grün. Sagt's und verabschiedet sich mit einem Winken in die grosse, brummende Halle.

STROM VOM DACH: Damit ein Solarpanel richtig angebracht werden kann, braucht es Wasserrinnen mit Gummidichtungen und kleine Montageaufsätze. Logistikerin Dänzer sorgt dafür, dass kein Puzzleteil fehlt.

WORK-SERIE

Teures Gas, knapper Strom und eine Klimakrise, die sich immer deutlicher zeigt: Das Thema Energie bewegt die Schweiz wie schon lange nicht mehr. work richtet dabei den Blick auf die Büezerinnen und Büezer, die bereits jetzt an der Energiewende arbeiten. Alle Teile der «worktag»-Serie gibt es zum Nachlesen unter: **workzeitung.ch/worktag.**

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Daniel Lampart, Andreas Rieger, Heidi Schwaiger, Clemens Studer, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 65 005 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.